

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Expedition:
Erich Illinghaus, Berlin.
Verleger: Kurt Blumhoff 4124-4126



Redaktion, Druck und Geschäftsstelle:
Berlin SO 361, Rosa-Luxemburg-Platz 5
Druckverlag: Cephalop

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme innerhalb 1 Woche vor dem Erscheinungstermin, sonst erfolgt sofortiger Widerruf (S. Erscheinungsort für beide Teile in Berlin).

Berlin, 21. Sept. 1932.

Int. Institut
soc. Geschichte
Amsterdam

Die "Barrikadenkämpfer".

Im Lichte der Öffentlichkeit.

SPD. Als Herr Goering im Reichstag gegen den Reichskanzler von Papen die Abstimmung durchführen liess, und das Auflösungsdekret achtlos beiseite geschoben hat, hatte er bildlich gesprochen, den Fuss auf die Barrikade gestellt. Das war das letzte Aufflackern einer revolutionären Geste bei einer Partei, die nicht nur Deutschland, sondern auch das Ausland erschüttert hatte mit ihrer grossmäuligen Ankündigung eines revolutionären Vorstosses gegen das System für das Dritte Reich.

Ach, es war nur noch eine Geste, die verbergen sollte, dass die NSDAP längst im vollsten ungeordneten Rückzug begriffen war, dass sie nur noch einen politischen Gedanken kannte: Wie kommen wir wieder herunter von den Barrikaden, auf die wir mit dem Maule so oft geklettert sind? Das gilt für Hitler wie für Goering, für Strasser wie für Goebbels, für alle die Maulhelden des faschistischen Staatsstreichs, die mit der Bürgerkriegsarmee der SA gedroht hatten.

Die grosse nationalsozialistische Revolution mündet in eine Komik von unbeschreiblichen Ausmassen ein. Der Führer der Sozialdemokratie, Otto Wels, hat als er im Berliner Sportpalast den Schleier davon wegzog, diese grausige Groteskomödie um Hitler schonungslos enthüllt. Der Mann, der den Drachen Marxismus vernichten wollte, liess hinten herum den Drachen Marxismus ergebenst ersuchen, gemeinsam mit ihm auf die Barrikaden gegen Hindenburg zu steigen! Der so grossmäulig beweihräucherte revolutionäre Elan, die Unüberwindlichkeit der stärksten Partei Deutschlands, die sich selbst als die einzig wahren Repräsentanten in Deutschland anpries, endete in der Hoffnung - auf die Bundeshilfe der Marxisten!

Was die SA nicht konnte, dazu sollte die Sozialdemokratie verhelfen! Der geniale Taktiker Hitler, dieser Politiker von besonderem Ausmass, wollte sozusagen die sozialdemokratischen Massen als die SA der SA engagieren! Als die Blase der Grossmäuligkeit und der Lufterschütterungen zu platzen drohte und als Hitler sich am Ende seines politischen Lateins sah, stöhnte er wie Wellington bei Waterloo: Ich wollte, es wäre Nacht oder die Marxisten kämen!

Vielleicht sind wir noch zu nahe an den Dingen heran, um die grotesken Züge dieses Zusammenbruches derer um Hitler voll erfassen zu können. Es geht der Öffentlichkeit erst allmählich auf, welche schauerlichen Tänze die NSDAP bisher aufgeführt hat und noch aufführt. Nach den Enthüllungen von Otto Wels schreit die Berliner "Kreuz-Zeitung", das Organ des Stahlhelms, auf:

"Entscheidend wichtig ist die Behauptung, dass Hitler versucht habe, das Zentrum und sogar die Sozialdemokratie für die Absetzung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg zu gewinnen. Das wäre tatsächlich eine solche Ungeheuerlichkeit, dass Adolf Hitler vor dem ganzen deutschen Volk als Frevler am Volk dastünde."

Die Gefühlsteine überlassen wir diesen Leuten, aber blamiert ist Hitler.

wie sich noch nie ein Parteiführer blamiert hat! Die Ausschaltung der Demokratie, die die Folge der Auftreibung der unnatürlichen Blase der Hitlerpartei ist, hat zur unmoralischsten politischen Gesinnungslumperei, zum frevelhaftesten Spiel mit dem Volke im Lager dieser sogenannten revolutionären Partei geführt!

Nun wird das Ende der Komödie im Reichstag erst voll verständlich. Die Marxisten kamen nicht, und so hatten die um Hitler nur noch die Perspektive des fluchtartigen Rückzuges - nicht zuletzt vor der Abrechnung mit ihrem Spiel von der Tribüne des Reichstags herab. Als Herr Goering, um die Kläglichkeit dieser Retraite zu verdecken, scheinbar den Fuss auf die Barrikade stellte, gab es keine Barrikaden mehr!

Seitdem ist das Tempo dieses Rückzuges immer schneller geworden. Ist es nicht zum Jauchzen, wie Herr Goering sich müht, wieder von all den Positionen herunterzukommen, auf die er so grossmäulig heraufgeklettert ist, wie es stiller und stiller um ihn wird? Als die Komödie aus war, schwangen noch die grotesken dilettantischen Hoffnungen der Nationalsozialisten nach. Was hatten sie sich nicht alles vorgestellt! Reichstag gegen Reichspräsident, vielleicht mit dem Sitz in München oder Köln, vielleicht auch in Braunschweig oder - in Weimar! Was sind Pläne, was sind Entwürfe! Jetzt kennen die Herren nur eine Sorge: ihre Pläne und Entwürfe schnell und stille zu verscharren, damit sie nicht gegen sie zeugen können!

Herr Hitler ist ganz stille geworden, Herr Strasser sehnt sich zurück nach den ersten Jahren der Bewegung, nach jenen bequemen Zeiten, wo man nur das Maul aufzureissen brauchte und Herr Goebbels darf mit dem Gekeif gegen die feinen Leute den Rückzug vernebeln. Aber die Vernebelungstaktik ist durchkreuzt! Es gibt nichts mehr zu verbergen und immer deutlicher wird es, wie es um die NSDAP bestellt ist.

Von Tag zu Tag werden die Herrschaften kleiner. Eben erst haben sie grossmäulig verkündet, dass der Nazi-Präsident des Preussischen Landtags Kerrl dem Reichspräsidenten den genialen Plan vorgetragen habe, dass der Reichskanzler im Preussischen Landtag gewählt werden könne. Da hat Herr von Papen gewinkt und die Zurücknahme eines Beschlusses des Preussischen Landtages gefordert, der die Beamten von der Gehorsamspflicht gegen die kommissarische Regierung entband. Es hat genügt, dass Herr von Papen mit der Auflösung des Landtages drohte, damit die Nationalsozialisten zu Kreuze gekrochen sind. Sie sind herab untergestiegen vom hohen Pferde und haben de- und wehmütig im Landtag eine Loyalitätserklärung abgegeben - so wie es Papen befahl! Sie sind heute ganz still und bescheiden. Der 20. Juli war eine historische Tragödie von Format - das was sich am 21. September im Preussischen Landtag ereignet hat, war die Wiederholung, aber als Groteskkomödie!

Hitler und den Seinen ist die Maske abgerissen. Jetzt gilt es, in den Rückzug des Feindes hineinzustossen! Jetzt heisst es, die Entlarvung der Nationalsozialisten fortsetzen und im Wahlkampf Abrechnung mit ihnen halten!

SPD. Hannover, 21. September (Eig. Dra)

Das Sondergericht in Hannover hat einen jungen Reichsbannermann, weil er an einem Ueberfall auf Nazileute beteiligt gewesen sein soll, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Mutter des Angeklagten war als Zeuge geladen und bereit zu beschwören dass der angeklagte Sohn zur Zeit des Ueberfalles zu Hause gewesen ist und im Bett gelegen hat. Die Nazi-Zeugen wollen jedoch in der fraglichen Nacht den Angeklagten beim Ueberfall gesehen haben. Die weisen Richter fassen den salomonischen Beschluss, den einzig klassischen, sachkundigen und deshalb glaubhaften Zeugen, die Mutter, nicht zu vereidigen. Deshalb kann der Sohn verurteilt und mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden.

SPD. Stuttgart, 21.Sept.(Eig.Drahtb)

Dem Austritt des Lehrers Fischer-Plauen aus der Nationalsozialistischen Partei und aus der Fraktion seiner Partei im Sächsischen Landtag dürften noch weitere Austritte von Lehrern folgen. So hat jetzt der Hauptlehrer Weihmann in Böckingen seinen Austritt aus der Partei erklärt. Der Führer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes in Württemberg, Mittelschuloberlehrer Hemming-Heilbronn, beabsichtigt ebenfalls der Hitler-Partei den Rücken zu kehren.

SPD. Am 12.September, also vor fast 14 Tagen, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beim Reichsminister des Innern den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens gegen den sozialpolitischen Teil der Papen-Notverordnung eingereicht. Dennoch hat die Reichsregierung sich bisher noch nicht veranlasst gesehen, die Zulässigkeit des Antrages zu erklären und die Fristen für die Durchführung des Volksbegehrens festzusetzen. Trotzdem steht die Zulässigkeit des Volksbegehrens ausser Zweifel, wenn die Bestimmungen der Reichsverfassung loyal angewendet werden.

Neben der Sozialreaktion, der das Volksbegehren besonders unangenehm ist, hat die Reichsregierung in den Kommunisten einen Bundesgenossen gefunden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die kommunistische Presse nicht gegen das Volksbegehren hetzt. In letzter Zeit behauptet sie, das Volksbegehren solle die Arbeiter und Angestellten von dem unmittelbaren Kampf gegen den Lohnabbau in der Notverordnung abhalten. Man wolle den Volksentscheid erst durchführen, wenn die Zertrümmerung des Tarifrechts und die Lohnsenkung sich bereits ausgewirkt hätten.

Das ist eine gröbliche Verfälschung der Absichten der Sozialdemokratie. Niemals ist ihr in den Sinn gekommen, durch Volksbegehren und Volksentscheid den unmittelbaren Kampf der Arbeiter und Angestellten um die Aufrechterhaltung der Tarife und der Löhne zu verhindern oder auch nur zu erschweren. Der Sinn ihrer Aktion ist vielmehr, den unmittelbaren Kampf gegen Tarifbruch und Lohnsenkung durch das Volksbegehren zu unterstützen und zu fördern. So ist das Volksbegehren auch von der Arbeiterklasse aufgefasst worden. Ueberall, wo die Unternehmer die Notverordnung zum Anlass von Lohnsenkungen nehmen, setzen sich die Arbeiter und Angestellten entschieden dagegen zur Wehr.

Der sozialpolitische Teil der Notverordnung enthält aber nicht nur eine Ermächtigung für die Reichsregierung zur Durchlöcherung des Tarifwesens und der Lohnsenkung, sondern auch eine Ermächtigung zu einer grundlegenden Änderung aller sozialpolitischen Einrichtungen. Die gesamte Sozialversicherung - Arbeitslosen-, Invaliden-, Angestellten, Kranken- und Unfallversicherung - die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, aber auch die gesamte übrige Sozialpolitik - Arbeitsverfassung und Arbeitsschutz - werden von dieser Ermächtigung betroffen. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, das Ergebnis eines jahrzehntelangen hartnäckigen Ringens zwischen der gesamten Arbeiterschaft sowie dem Unternehmertum und der Staatsgewalt soll der Willkür der Bürokratie und der Sozialreaktion ausgesetzt werden.

Gegen diese Bedrohung der Sozialpolitik ist der unmittelbare Kampf der Arbeiterklasse im Betrieb zwar auch wichtig, aber nicht entscheidend. Hier wird der Volksentscheid zur wichtigsten Waffe. Hat er Erfolg, so wird diesem Anschlag die rechtliche Grundlage entzogen. Auch wenn daher in dem unmittelbaren Kampf der Arbeiter und Angestellten im Betrieb der Anschlag auf das Tarifwesen und die Lohnhöhe abgewehrt wird, so bleibt immer noch der Volksentscheid unbedingt notwendig, um nicht nur die Grundlage für Tarifbruch und Lohnsenkung zu zerschlagen, sondern um auch die Grundlage für den Abbau der übrigen Sozialpolitik zu beseitigen.

Nicht unmittelbarer Kampf der Arbeiterklasse im Betriebe statt des Volksentscheides ist deshalb die Lösung, sondern unmittelbarer Kampf und Volksentscheid

SPD. Bukarest, 21.Sept. (Eig.Draht.)

Die Finanzsachverständigen des Völkerbundes, die sich zwei Wochen in Bukarest zur Ausarbeitung eines Reformprogramms für die Sanierung der vollständig zerrütteten Staatsfinanzen aufgehalten haben, sind nach Genf zurückgekehrt. Mit ihrem Einvernehmen hat die Regierung jetzt dem Parlament die erste Gesetzesvorlagen für die Wiederherstellung geordneter Finanzen zugehen lassen, die Massnahmen von seltener Rigorosität vorsehen. Einer der Entwürfe, der sich mit der Steuereintreibung befasst, bestimmt, dass Steuerzahler, die sich zwei Jahre hindurch der Eintragung in die Steuerrollen entzogen haben, mit Gefängnis sowie dem Verlust ihres aktiven und passiven Wahlrechts bestraft werden. Jede staatliche, kommunale und private Arbeitgeber wird verpflichtet, seine Angestellten und Arbeiter nur dann zu entlohnen, wenn sie die laufenden Steuerquittungen vorweisen können. Liegen diese nicht vor, so hat der Arbeitgeber die Steuern vom Gehalte bzw. Lohn abzuhalten und an den Fiskus abzuführen. Ebenso ist jeder Mieter verpflichtet, die Mieten an den Hauseigentümer nur gegen Steuerquittung zu bezahlen.

In anderen Gesetzentwürfen sind drastische Sparmassnahmen für sämtliche Ministerien und Behörden vorgesehen. Bis zum 1. Januar 1933 dürfen Ernennungen und Beförderungen von Staatsbeamten nicht mehr vorgenommen werden. Alle Aufwandsgebühren, Entschädigungen usw. für Beamte fallen fort. Innerhalb eines Jahres sollen bis 25 000 Beamte und private Angestellte des Staates zur Entlassung kommen.

SPD. Frankfurt/M., 21.Sept.(Eig.Dr.)

Ein tragisches Missverständnis hat einem Hanauer Kriminalbeamten das Leben gekostet.

In der Nacht zum Sonnabend begegneten sich um zwei Uhr früh auf menschenleerer Landstrasse in Wilhelmsbad bei Hanau ein radelnder Kriminalbeamter in Zivil, der gerade eine Razzia nach Felddieben durchgeführt hatte, und der sozialdemokratische Zeitungswerber Holl aus Frankfurt-Sindlingen, der von einer Werbetour nach Frankfurt zurückkehrte. Der Kriminalbeamte, der ohne Licht fuhr, begann Holl zu verfolgen in der Annahme, einen flüchtigen Felddieb vor sich zu haben. Er rief: "Hält absteigen", ohne sich jedoch als Beamter zu erkennen zugeben. Holl fühlte sich bedroht und gab einen Schreckschuss ab. Darauf schoss der Beamte, während beide in schnellem Tempo auf Waldwagen dahinsauerten, fünfmal in einer Entfernung von 15 Metern auf Holl, ohne ihn jedoch zu treffen. Nun schoss Holl seinerseits rückwärts auf seinen Verfolger und traf ihn so unglücklich in den Bauch, dass die Därme siebenmal zerrissen wurden. Holl alarmierte sofort die Rettungsstation und die Polizei. Arbeitersamariter brachten den Schwerverletzten ins Krankenhaus. Als man feststellte, dass der Verletzte ein Kriminalbeamter ist, wurde Holl festgenommen. Er war im Besitz eines Waffenscheines und gab an, dass er sich in höchster Gefahr geglaubt habe. In der Nacht zum Dienstag ist der Kriminalkommissar seinen schweren Verletzungen erlegen. Holl wurde inzwischen aus der Haft entlassen, weil auch die Staatsanwaltschaft "vermeintliche Notwehr" annehmen dürfte.

Holl ist als Werber für die sozialdemokratische "Volksstimme" und das sozialdemokratische Wochenorgan für Hessen-Nassau "Rote Post" mit einzigartigem Erfolg tätig gewesen. Binnen Halbjahresfrist hat er als Werber mehr als 3000 "Rote Post"-Abonnenten gewonnen.

SPD. Paderborn, 21. September (Eig. Dr.)

Das Paderborner Sondergericht verurteilte am Mittwoch den Neuhäuser Naziarzt Dr. Linden, der zwei Menschenleben auf dem Gewissen hat, wegen Totschlags, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Waffenmissbrauchs zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 10 Jahre Zuchthaus. Die Voraussetzungen für die Anwendung des § 51 hielt das Gericht bei Linden nicht gegeben. Es billigte ihm verminderte Zurechnungsfähigkeit und mildernde Umstände bezüglich des Totschlags zu. Aus diesem Grunde hat das Gericht von einer Zuchthausstrafe Abstand genommen.

Die übrigen 13 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren. Die Kosten fallen den Angeklagten zur Last.

+ + +
Der Mörder Linden ist nicht der erste Nazi-Arzt, dem von Gerichts wegen "verminderte Zurechnungsfähigkeit" zugebilligt wurde und der deshalb mit einer ziemlich milden Strafe davonkam. Wenn es in dem nationalsozialistischen Ärztesbund ähnlich aussieht wie in dem Gehirn seines Mitgliedes Linden - arme Patienten.

SPD. Hagen, 21. Sept. (Eig. Drahtb.)

Vor der Hagener Strafkammer stehen gegenwärtig vier ehemalige Polizei-Verwaltungsbeamte wegen schwerer Unterschlagung, Betrugs und Urkundenfälschung im Amt. Ihre Helfer, vier Lieferanten, sind ebenfalls angeklagt. Mit diesem Prozess bricht die Nazihetze gegen den am 20. Juli von Herrn Papen seines Amtes enthobenen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schöbel völlig zusammen.

Die angeklagten Geschäftsleute, nationale Bürger und teilweise Nazi-Anhänger, haben zusammen mit den angeklagten Polizeibeamten die Stadt Hagen jahrelang um mehr als eine viertel Million Mark betrogen. Fingierte Lieferungen sind von den Beamten quittiert, ausgewiesen und ausbezahlt worden, wozu ein raffiniert ausgeklügeltes System von Fälschungen und Betrugsmanövern notwendig gewesen ist. Die Nazis hatten diese Unterschlagungen selbstverständlich dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schöbel an die Rockschösse gehängt um damit ihre politischen Geschäfte zu betreiben. Es ist jedoch erwiesen, dass die schuldigen Polizeibeamten ihre Straftaten bereits im Jahre 1924 begonnen haben, während Schöbel erst 1928 nach Hagen gekommen ist. Gegen einen der Nazi-Verleumder hat Schöbel bereits eine Verurteilung wegen Beleidigung erreicht.

In der gegenwärtigen auf mehrere Tage berechneten Gerichtsverhandlung wird sich ebenfalls wiederum erweisen, wie gewissenlos die Nazi-Agitatoren sozialdemokratische Beamte verdächtigt haben, während die wirklichen Spitzbuben und Gauner im eigenen "nationalen" Sumpfnest gesessen haben.

SPD. München, 21. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten, der "Regensburger Anzeiger" lüftet den Schleier über die Besprechungen, die Dr. Held und Staatsrat Schäffle als Vertreter der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei am Montag mit dem Reichskanzler hatten.

Den bayerischen Herren kam es nach dem Regensburger Blatt darauf an, dem Reichskanzler begreiflich zu machen, dass an dem Termin der Neuwahlen (6. November) unter allen Umständen festgehalten werden und das Ergebnis dieser Wahl unbedingt abgewartet werden muss, bevor auf dem Gebiet der Innenpolitik irgendwelche Entscheidungen getroffen werden. Diese Mahnung bezog sich im besonderen auf die Verfassungsexperimente und die Reichsreformpläne, wobei sich die bayerischen Herren noch einmal die "beruhigende" Versicherung

geben liessen, dass die Reichsregierung unter keinen Umständen den Artikel 48 zur Lösung dieser Fragen benutzen werde. Herr von Papen hat offenbar noch ein übriges getan, indem er Verständnis zeigte für den bayerischen Vorschlag, der dem Reichsrat die Aufgabe zuweisen will, auf Grund einer Verständigung unter den deutschen Ländern den Plan für eine Reichsreform aufzustellen.

Diese Angaben werden ergänzt durch einen Artikel der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, in dem der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei gegen über der Papen-Regierung scharf herausgestellt wird. Es heisst darin:

"Es geht heute in Deutschland darum, im Reiche die Voraussetzungen für eine Regierungsgewalt zu schaffen, die wieder einen ganz festen Boden unter den Füßen hat. Das kann nur gelingen, wenn wieder eine von den lebendigen Kräften des Volkes von unten her aufgebaute Tragfläche für das Regieren im Reiche geschaffen wird. Man mag die Verfassung reformieren und umodeln wie man will. Das Reich, das nicht im Volke begründet ist, wird kein Reich sein. Darum muss die Demokratie die Grundform des deutschen Staatslebens sein. Die Diktatur und der Absolutismus sind und bleiben Wünsche eines entarteten Staatsgeistes. Daran wird die Bayerische Volkspartei festhalten und dafür wird sie auch im bevorstehenden Wahlkampf kämpfen, der durch eine verhängnisvolle Politik dem deutschen Volke aufgezwungen worden ist. Der Sinn einer sogenannten überparteilichen Reichsführung kann nicht darin bestehen, in einer völligen Verkennung der Volkswirklichkeit sich gegen die Parteien zu stemmen und die Parteien als solche zu bekämpfen. Nur wer auf dem Monde lebt, kann auf den Gedanken kommen, die politischen Parteien hätten sich überlebt. Eine Regierung, die führen will, muss es verstehen, die Vielgestaltigkeit der Willensrichtungen, wie sie durch die Parteien sichtbar wird, zu einer politischen Synthese zu bringen, in der auch für eine entsprechende Opposition ein Platz zu nutzbarer Betätigung ist. Eine Reichsregierung, die sich auf die Dauer allein auf die Autorität des Reichspräsidenten stützen zu können glaubt, wird diese Autorität verzehren. Diese Gefahr besteht in Deutschland. Es ist daher dringend abzurufen, dass die Reichsregierung mit dem Namen des Reichspräsidenten Wahlmacht. Allein aus diesem Grunde ist der Gedanke eines sogenannten Hindenburg-Blocks für die bevorstehenden Wahlen abzulehnen."

Am Schlusse des Artikels wird mit besonderem Nachdruck darauf verwiesen, dass es eine absolute Fehlspekulation wäre zu glauben, es wäre jetzt ein günstiger Zeitpunkt gekommen, um die innere Einheitsfront von Zentrum und Bayerischer Volkspartei zu sprengen und die beiden gleichgesinnten Weltanschauungsparteien zu Nutz und Frommen der Feinde dieser Weltanschauung gegeneinander auszuspielen. Im Gegenteil, das Verhältnis zwischen beider habe eine unendlich Vertiefung und Bereicherung erfahren, weil innerhalb der Zentrumspartei die Erkenntnis immer mehr im Wachsen begriffen sei, wie notwendig und sinnvoll für die gesamte deutsche Politik eine selbständige Bayerische Volkspartei und ein politisch handlungsfähiges Bayern sei.

Aus diesen Ausführungen kann man den Schluss ziehen, dass gewisse Zumin-
tungen, die Herr von Papen an die bayerische Abordnung gestellt hat, eine we-
nig freundliche Aufnahme gefunden haben.

SPD. Stralsund, 21. Sept. (Eig. Drahtb.)

Auf Anordnung des kommissarischen preussischen Staatsministeriums ist durch die Ortspolizeibehörde des vorpommerschen Städtchens Richtenberg die dortige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold "aufgelöst" worden. Die polizeiliche Verfügung stützt sich auf § 2 des Reichsvereinsgesetzes und auf den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918. Als Grund wird angegeben, dass "der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft".

Im Februar des vorigen Jahres war es zu einem Zusammenstoss zwischen einer Reichsbannergruppe und Nationalsozialisten auf der Chaussee vor Richten-

berg gekommen, wobei einige Nationalsozialisten mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. In dem gegen die Reichsbannerleute anhängig gemachten Landfriedensbruchprozess wurden Gefängnisstrafen festgesetzt. Unter den Verurteilten befand sich auch der technische Leiter des Richtenberger Reichsbanners, der die betreffende Gruppe geführt hatte. Nachdem nun die Verurteilungen rechtskräftig geworden sind, ist jetzt die Auflösung der Ortsgruppe des Reichsbanners angeordnet worden.

In der Begründung der Auflösungsverfügung heisst es, dass "als feststehend angenommen" werden müsse, dass das "Unternehmen der Ortsgruppe Richtenberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold planmässig vorbereitet und durchgeführt worden ist". Dieses "planmässige Unternehmen" soll nach Ansicht der Behörde darin bestehen, dass "kurz vorher von führenden Angehörigen" des Richtenberger Reichsbanners eine Versammlung veranstaltet wurde, in der ein "angeblicher Propagandamarsch beschlossen" wurde. Es wird also der Versuch gemacht, der gesamten Ortsgruppe die Schuld an Gewalttätigkeiten in die Schuhe zu schieben, für die nur die Beteiligten verantwortlich gemacht werden können. Ausserordentlich befremdend aber muss es wirken, dass dem Ministerium schon der "Beschluss" eines Propagandamarsches genügt, um darin die Absicht zu Gewalttätigkeiten erblicken zu können. Von einem vorher auf der Versammlung beschlossenen "Ueberfall" wagt man gar nicht erst zu sprechen, da die Gerichtsverhandlung dafür keinerlei Anhaltspunkte ergeben hat. Die überaus schwache rechtliche Grundlage zu diesem rigorosen Vorgehen gegen die Reichsbannerortsgruppe findet ihren Ausdruck auch darin, dass ganz unverblümt in dem Nichtausschluss der verurteilten Reichsbannermitglieder die "Billigung ungesetzlicher Zwecke" durch die Ortsgruppe erblickt wird. In der Verfügung heisst es wörtlich: "Aber selbst, wenn nicht nachgewiesen wäre, dass die Ortsgruppe Richtenberg des Reichsbanners selbst im Rahmen ihrer vereinsmässigen Betätigung unter Ausnutzung des organisatorischen Zusammenhalts ihrer Mitglieder und der Führungsbefugnisse des sogenannten technischen Leiters Lembke diese Ausschreitungen vorbereitet und durchgeführt habe, muss nach dem bisherigen Verhalten der Ortsgruppe gegenüber den an den Ueberfällen beteiligt gewesenen Reichsbannermitgliedern als erwiesen erachtet werden, dass die Ortsgruppe Richtenberg die groben Ausschreitungen des technischen Führers Lembke und seiner Leute duldet und billigt und damit selbst solche den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Zwecke verfolgt."

Die Behauptung, dass der Zweck der Richtenberger Reichsbannergruppe den Strafgesetzen zuwiderläuft ist völlig abwegig, weil alle Reichsbannerortsgruppen nur Teile des gesamten Reichsbanners sind. In den Bundessatzungen sind die Rechte und Pflichten der Ortsgruppen eindeutig festgelegt. Diese Satzungen aber sind genehmigt und verstossen nicht gegen die Strafgesetze. Infolgedessen kann auch eine Ortsgruppe, die die gleichen Satzungen anerkennt, nicht den Zweck verfolgen, den Strafgesetzen zuwiderhandeln zu wollen. Schon deshalb ist die Auflösungsverfügung rechtlich unhaltbar. Sie bekommt aber noch einen pikanten Beigeschmack, wenn man sich daran erinnert, dass bisher noch keine einzige Naziortsgruppe geschweige denn SA- oder SS-Formationen aufgelöst wurden, auch wenn sie als die Quelle zahlreicher Bombenattentate und Kapitalverbrechen entlarvt wurden!

SPD. Die Barone haben mit der Auflösung des Preussischen Landtages gedroht, weil vor ein paar Wochen die Nazi mit den Kozi im Landtag beschlossen haben, kein preussischer Beamter solle den Weisungen des Reichskommissars nachkommen. Nach Papen sind dadurch Ruhe und Ordnung gefährdet. Ach nein! Papen überschätzt die Herren Nationalsozialisten gewaltig. Keiner der vielen nationalsozialistischen Beamten in Preussen hat diese Anweisung seiner Partei auch nur einen Augenblick ernst genommen, keiner auch nur einen Moment lang

darán gedacht, dieser Parole zu folgen. Hält aber die Papenregierung diese Anweisung für unvereinbar mit der Staatsautorität, so müsste sie logisch den Schluss ziehen, den Beamten die Zugehörigkeit zur NSDAP zu verbieten, wie das die früheren preussischen Regierungen getan haben. Statt dessen bedroht sie den Landtag mit einer verfassungswidrigen Auflösung.

Aber der Landtag wird nicht aufgelöst werden. Die Herren Nationalsozialisten, die mächtige, wortgewaltige Fraktion der 162, hat vor Papen-Bracht Kotau gemacht. In der Mittwoch-Sitzung gaben sie vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, dass nach ihrer Auffassung jeder Beamte zu verfassungsmässiger Pflichterfüllung verpflichtet sei, solange die Regierung sich im Rahmen der Verfassung halte. Selbstverständlich habe der Reichskommissar das Recht, einen Reichskommissar in Preussen einzusetzen. Am Donnerstag werden die Nationalsozialisten einen Antrag unterbreiten, die frühere Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung ausdrücklich zu widerrufen.

Die Herren Kommunisten begnügten sich nicht, diesen Unfall aus schlottern der Angst vor der Landtagsauflösung gebührend anzuprangern, sondern bewarben sich nun ihrerseits um die Ehrenmitgliedschaft im Herrenklub: sie beantragten, der Landtag solle sich selber auflösen. Ausser Papen und Bracht hätte wohl niemand Freude daran. Für den Auflösungsantrag stimmten ausser den Kommunisten auch die Deutschnationalen und die zwei Staatsparteilern des Preussen-Landtags. Diese armen Leute sind offenbar manisch depressiv und wollen lieber ein rasches Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. Lassen wir sie schon jetzt in Frieden ruhn!

Auf der Tagesordnung des Landtags stand eigentlich die Etatberatung. Die sonderbarste Etatberatung, die je ein preussischer Landtag abgehalten hat. Der Etat beruht auf Notverordnung, und der Reichskommissar erklärt, er denke nicht daran, sich an die Beschlüsse des Landtages zu binden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann zeigte der preussischen Volksvertretung, dass sie ihren Einfluss mit Recht verloren hat: ein Parlament mit antiparlamentarischer Mehrheit verdient weder Macht noch wird es jemals wirklich Macht ausüben. Erst wenn das deutsche Volk sich Parlamente von ehrlichen Anhängern der parlamentarischen Regierungsweise wählt, wird es sich sein Recht auf Selbstregierung und Selbstverwaltung zurückerobern.

Heilmann rechnete dann mit den Kommunisten ab, die gewagt hatten, das Verhalten der Sozialdemokratie am 20. Juli als Feigheit und Schwäche zu charakterisieren. Er verlas aus der "Internationale" das Geständnis Thälmanns, dass es den Kommunisten nicht gelungen sei, die Arbeiter aus den Betrieben zu bekommen, weil sie nicht begriffen hätten, dass der Angriff auf Severing und Grzesinski ein Attentat auf alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse war. Das konnten sie nach der kommunistischen Demagogie der letzten Jahre wirklich nicht begreifen! In demselben Zusammenhang gibt Thälmann zu, dass die Kommunisten am 20. Juli vollkommen mit der Sicherung ihrer eigenen Partei beschäftigt gewesen seien. Deswegen also haben sie die Gelegenheit zur Weltrevolution wieder einmal verpasst. Und schliesslich bekennt Thälmann, dass die Behauptung, Brüning sei schon der Faschismus gewesen und auf ihn folge die proletarische Diktatur, ein heute widerlegter Irrtum gewesen wäre. Wir nennen es eine Lüge, und diese Lüge hat das Arbeitervolk seinen Einfluss auf den Staat gekostet.

Aus zahllosen eigenen Geständnissen der Nationalsozialisten wies Heilmann nach, dass die Nationalsozialisten allein die Wiederherstellung der Junkermacht in Preussen ermöglicht hätten. Heute wehrten sie sich dagegen mit Hilfe der "schwarzen Pest", für die ihnen noch vor drei Monaten kein Schimpfwort toll genug gewesen ist. Und dasselbe Zentrum, das noch im politischen Testament von Joseph Hess den Nazis sein "Niemals" entgegengedonnert habe, kuhhandele heute vergnügt mit den "braunen Horden".

Gegen diese Junkermacht rief Heilmann das arbeitende Volk auf sich zu organisieren, zu kämpfen und die Staatsmacht zurückzuerobern. Und mit ihr den Sozialismus, der nichts anderes sei, als die Demokratie, ausgedehnt auf das

Gebiet der Wirtschaft. Weder Kommunisten noch Nationalsozialisten hätten auch nur begriffen, was Sozialismus sei, geschweige denn, dass sie Sozialisten wären. Aber wachsende Teile des Volks würden es im beginnenden Reichstagswahlkampf erkennen.

Die Nationalsozialisten, die sich ihre Abstrafung für ihre Verhältnisse ruhig angehört hatten, setzten sich zum Schluss der Landtagssitzung langatmig mit ihren früheren Bundesgenossen von Harzburg, den Deutschnationalen, auseinander und suchten die peinliche Erinnerung zu verwischen. Bemerkenswert war nur das Geständnis Kubes, dass sie mit einem Verlust bei der kommenden Reichstagswahl rechnen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Landtag bereits am Donnerstag nicht nur die Debatte sondern auch den Tagungsabschnitt beendet.

SPD. Genf, 21. September (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts trat am Mittwoch zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen, um zu der Frage der internationalen Arbeitszeitverkürzung Stellung zu nehmen.

Die letzte Arbeitskonferenz hatte mit Mehrheit bereits die Einführung der 40 Stundenwoche in der Industrie als Mittel zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit durch Aufteilung der noch vorhandenen Arbeit empfohlen. Mit der gleichen Begründung hat Italien diese ausserordentliche Verwaltungsratssitzung beantragt. Sein Vertreter de Michelis legte am Mittwoch einen Entschliessungsentwurf vor, der im wesentlichen auf den Vorschlägen Butlers, des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, beruht. Danach soll der Verwaltungsrat die Herabsetzung der Arbeitszeit während der nächsten Arbeitskonferenz erörtern und sofort in erster und zweiter Lesung zu den internationalen Konventionen kommen. Die technischen Probleme sollen noch in diesem Jahr in einem Komitee aus Unternehmern, Regierungsvertretern und Arbeitervertretern geregelt werden. Das Ergebnis dieser Arbeit soll dem Verwaltungsrat in seiner Januarsitzung vorgelegt werden, der es der Weltwirtschaftskonferenz und den Regierungen als Grundlage für eventuelle Abkommen noch vor der nächsten Arbeitskonferenz überweisen soll. Endlich soll das gemischte Arbeitslosigkeitskomitee der Europa-Kommission so rasch als möglich einberufen werden, um zu den noch von Albert Thomas vorgeschlagenen internationalen öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit endgültig Stellung zu nehmen.

Der deutsche Regierungsvertreter Grieser, der französische Regierungsvertreter, der italienische Arbeitgeber- und Jouhaux als Vertreter der Arbeitnehmergruppe setzten sich für den Antrag ein. Die Unternehmergruppe schickte einen Sprecher gegen den Antrag vor mit der faden Begründung, da die Sache bereits vom Internationalen Arbeitsamt behandelt werde, sei das technische Komitee nicht notwendig. Der französische Regierungsvertreter legte am Mittwoch zum Schluss der Beratungen noch eine Entschliessung vor, in der die Regierungen aufgefordert wurden, die bereits bestehenden Arbeitszeitkonventionen umgehend zu ratifizieren, also die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die über die Arbeitszeit im Handel und die über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Die Beschlussfassung ist für Donnerstag vorgesehen.

SPD. Die Enthüllungen des Führers der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, über Hitler lässt der Berliner "Kreuz-Zeitung", dem offiziellen Berliner Stahlhelm-Organ, kalte Schauer über den Rücken laufen. So entsetzt und entrüstet sind die Seldte und Duesterberg, dass sie ihren Artikel mit folgendem Hymnus an Hindenburg schliessen:

"Solange dieser grosse, treue und reine Führer unserem Volke noch vom

Schicksal erhalten bleibt, solange soll keine Hand sich rühren dürfen, ihn unserem Volk und Lande zu rauben, und solange wollen wir Deutschen alle, ohne Unterschied der Partei, der Bildung und des Standes, einfach weil wir alle Deutsche sind, uns hinter diesen Hindenburg scharen, gegen jeden, wer es auch sei."

Höher gehts nimmer mit der - Verlogenheit! Am 13. März war einer der Gegner kandidaten Hindenburgs: der Stahlhelmführer Duesterberg! Als er mit Pauken und Trompeten durchgefallen war, gab der Stahlhelm für den 10. April die Wahl frei - für Hitler! Wenn es nach dem Stahlhelm gegangen wäre, so wäre uns Hindenburg bereits damals "geraubt" worden, Wozu also jetzt die Heuchelei und Krokodilstränen der Papen-Armee?

SPD. Genf, 21. September (Eig. Drahtb.)

Die erste Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, dass das Büro mit der entscheidenden Aufstellung aller praktischen Ergebnisse die Konferenz auf lange Zeit völlig ersetzen wird. Sämtliche Mitgliedstaaten mit Ausnahme Deutschlands sind vertreten, auch Amerika und Russland. Es liegt auf der Hand, dass die deutsche Regierung sich durch ihre freiwillige Isolierung selbst jeden Einflusses auf diesen wichtigsten Teil der Abrüstungsarbeiten beraubt hat. Das beweist auch das Programm, das Berichterstatter Benesch für die Bürotagung darlegte. Es enthält die Aufstellung der Texte für die Punkte, über die Einigkeit bereits erzielt ist. Also Verbot der Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung, Verbot der chemischen Kriegsführung und Kontrolle der Durchführung, ferner die Punkte, über die noch verhandelt werden muss.

Als grundsätzlich dagegen bereits festgelegt sind also Verzicht auf jedes Luftbombardement, Kontrolle der zivilen Luftfahrt, Festsetzung des Kaliber der schweren Artillerie und Höchstgewicht der Tanks. Dann Vorbereitung von Lösungen offener Streitfragen wie Heeresstärke, Umgrenzung der Militärbudgets, Waffenherstellung und Waffenhandel, und Massnahmen gegen Verletzung des Verbot der Anwendung chemischer, bakteriologischer und brandstiftender Kampfmittel. Es folgen schliesslich die allgemeinen und politischen Fragen der Sicherheit und Gleichberechtigung.

In seiner Eröffnungsrede wies Präsident Henderson wiederholt auf die Notwendigkeit hin, nach acht Monaten schwerer Arbeit endlich zu Ergebnissen kommen zu müssen. Angesichts der grossen Schwierigkeiten, die jede Regierung auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet habe, sei es selbstverständlich, durch internationale Zusammenarbeit Erleichterungen für die Völker zu erstreben. Diese Zusammenarbeit sei die Aufgabe des Büros, das der Konferenz praktische Vorschläge für den ersten entscheidenden Schlag zur allgemeinen Abrüstung zu machen habe. Das Büro könne nicht auseinandergehen, ohne den Entwurf eines sofort durchführbaren Abkommens fertiggestellt zu haben. Diese zweite Phase der Konferenz müsse greifbare Ergebnisse bringen und er appelliere an die hohe Verantwortung aller Teilnehmer, dies als ihre höchste Pflicht zu betrachten.

Schliesslich teilte Henderson noch seinen Briefwechsel mit der deutschen Regierung mit, ohne jeden Kommentar. Auf seinen Vorschlag wurde jede Aussprache über Deutschlands Absage vertagt für den Fall, dass die deutsche Regierung auf Hendersons Brief zu antworten beabsichtige.

Das Büro nahm ohne Aussprache das Arbeitsprogramm an und vertagte sich auf den Nachmittag.

SPD. München, 21. Sept. (Eig. Drahtb.)

Ein Münchener SA-Mann hat jetzt gestanden, dass das in der Nacht vom 3. zum 4. August verübte Attentat auf ein in der Nähe Münchens gelegenes Heim der Arbeiterjugend von Nationalsozialisten verübt wurde.

Im Anschluss an die Mord- und Bombenanschläge in Königsberg verübten Naziorden auch in München ähnliche Schandtaten. Sie warfen eine Brandbombe in ein Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend, steckten das Brauereizelt im Städtischen Stadion und das in der Nähe gelegene Wartehäuschen der Strassenbahn in Brand und versuchten auch in zwei weiteren Zelten Feuer zu legen. In derselben Nacht wurden auch im Stadttinnern Schaufenster von Warenhäusern zertrümmert und Brandbomben in das Innere geworfen. In allen Fällen konnten die Täter zunächst unerkannt entkommen, doch richteten sich zahlreiche Verdachtsmomente gegen die Hitlerbanden. Der Versuch des Braunen Hauses, Kommunisten als Täter zu erdächtigen, brach rasch zusammen, als die Polizei vier Tage später sieben Nationalsozialisten wegen dieser Terrorakte verhaftete. Ihre Zahl ist inzwischen auf 28 angewachsen und einer von ihnen, ein Schreinergehilfe, hat jetzt ein offenes Geständnis abgelegt. Danach steht fest, dass der Führer eines SA-Trupps am 3. August seine Leute direkt beauftragte, irgend eine Tat zu vollbringen. Dem als Haupttäter ausersehenen SA-Mann wurde eine Brandbombe und Brandfackeln ausgehändigt.

Ueber die Einzelheiten der Attentate, bei denen eine grosse Anzahl SA-Leute Schmiere stand, verweigert die Polizei im Interesse der weiteren Klärung des Sachverhalts nähere Angaben.

SPD. Der stellvertretende preussische Staatskommissar, Dr. Bracht, hat am Dienstag der Stadt Berlin zwei Verordnungen zugesandt, die an den Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung rühren und den heftigsten Widerspruch aller preussischen Gemeinden hervorrufen müssen.

Bracht erklärt, "aus den Zeitungen" ersehen zu haben, dass die Reichshauptstadt eine Vereinfachung und Verbilligung ihrer Verwaltung plane durch eine neue Einteilung der Stadtbezirke. Ueber das Wie wird zur Zeit in den verantwortlichen Körperschaften Berlins beraten. Bracht schlägt aber mit seinem Erlass auf den Tisch und ruft: "Falls die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin nicht in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, werde ich dem Staatsministerium vorschlagen, diese Aufgabe durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zu lösen", derart, dass die Stadtverordnetenversammlung und die Bezirksverordneten ausgeschaltet werden. Der Magistrat soll dann mit dem Oberbürgermeister die Verwaltungsreform allein vornehmen. Die Frist will Herr Bracht bestimmen und sollte sie etwa vom Magistrat nicht eingehalten werden, so soll der Oberbürgermeister Diktaturvollmacht erhalten! Neuwahlen besoldeter Mitglieder der Bezirksämter dürfen, nach Herrn Bracht, einstweilen nicht vorgenommen werden und der Herr Staatskommissar will bis zum 15. Oktober wissen, ob die Stadt- und Bezirksverordneten-Versammlungen die Verwaltungsreform in seinem Sinne durchgeführt haben. In dem zweiten Erlass wird dieser Sinn gedeutet: Berlin soll sich nach der süddeutschen Staatsratsverfassung neu gliedern und vereinfachen!

Diese Diktate des Staatskommissars an die vier Millionen Menschen zählende Reichshauptstadt erinnern in Form und Inhalt an die Kommandanturbefehle aus der Kriegszeit. Mit der Selbstverwaltung der Gemeinden haben sie nichts zu tun, und es ist selbstverständlich, dass sich die Berliner Sozialdemokratie mit allen Mitteln gegen einen solchen Eingriff in die städtischen Rechte wehren wird.

SPD. Genf, 21. September (Eig. Drahtb.)

Das Büro der Abrüstungskonferenz setzte am Nachmittag seine Aussprache fort.

Litwinow beantragte, zuerst die wichtigsten Probleme zu diskutieren und nicht die leichtesten vorzunehmen. Man dürfe nicht die Atmosphäre des Pessimismus vergessen, unter der die erste Phase der Konferenz beendet worden sei. Man müsse gerade die schwersten Fragen vorausnehmen, die geeignet seien eine wirkliche und greifbare Herabsetzung der Rüstungen herbeizuführen. Nur eine quantitative Herabsetzung der Rüstungen könnte eine Massnahme dieser Art darstellen, wie gross auch immer das Interesse an einer qualitativen Rüstungsbegrenzung sei. Die ganze Konferenz beklage lebhaft das Fehlen Deutschlands in der Bürositzung, aber Herr von Neurath habe in seinem Brief verlauten lassen, dass die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz möglich sei unter der Bedingung, dass die Arbeiten dieser Konferenz zu einer gewissen Höhe gebracht würden. Wenn das Büro entscheiden würde, der Generalkommission eine Massnahme zur Verminderung der Rüstungen um ein Drittel vorzuschlagen, dann hätte die Konferenz sicher von neuem das Vergnügen, unter ihren Teilnehmern ein deutsches Mitglied zu sehen.

Die Diskussion galt dann der Methode, wie man zu den Beratungen überhaupt kommen solle. Paul Boncour (Frankreich) verlangte, dass die Politiker über alle Fragen, in denen bereits Uebereinstimmung herrsche oder Mehrheiten vorhanden seien, präzise Texte aufstellen müssten. Man dürfe diese Fragen nicht wiederum an das technische Komitee zurückverweisen, da dies unnütz und zwecklose Arbeit sei. Ueber eine Menge von Fragen hätte die Kommission genügen Entscheidungsmerkmale, und es müsste nunmehr entschieden werden.

Wilson-Amerika beantragte die Bildung eines Komitees zur Untersuchung der Waffenfabrikation und des Handels, dem sich das Büro anschloss, während Sir John Simon-England vom Generalsekretär einen Bericht verlangte über die Sachberatungen für die Möglichkeit zum Verbot der Fabrikation von Gas, der Maschinen zur Verbreitung des Gases und der Ausrüstung und Ausbildung von Mannschaften zum Gebrauch des Gases, alles in Friedenszeiten. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen. Das Büro behielt sich die Prüfung des Verbots des chemischen Krieges und des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung bis zur Vorlage dieses Berichts vor.

Am Donnerstag wird man mit dem dritten Punkt des ersten Abschnittes der Tagesordnung beginnen, der die Kontrolle zur Durchführung des Verbots des Luftbombardements behandelt.

SPD. London, 21. September (Eig. Drahtb.)

In Liverpool kam es am Mittwoch wiederum am Sonntag zu Arbeitslosen-unruhen. Ein Zug von 3 000 Demonstranten geriet mit der Polizei in Konflikt. Während sich die Beamten mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten wandten, wurden aus den Fenstern der umliegenden Häuser Ziegelsteine geworfen. Sechs Arbeitslose wurden verletzt und in ein Hospital eingeliefert; 12 Personen wurden verhaftet. Es werden weitere Unruhen befürchtet.

SPD. München, 21. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch starb in München im Alter von 70 Jahren der langjährige Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins München, Fritz Schmitt. Die bayerische Sozialdemokratie verliert in ihm einen tapferen Genossen, der in jahrzehntelanger aufopferungsvoller Arbeit unermüdlich im Dienste der Partei tätig war. Schmitt hatte die Schikanen und Verfolgungen während des Sozialisten-

gesetzes am eigenen Leibe verspürt. Seit 1899 war er lange Jahre Mitglied des Reichstags und des Bayerischen Landtags. Nach dem Umsturz war er Mitglied und Präsident der provisorischen bayerischen Nationalversammlung. Unter seinem Präsidium fielen im Bayerischen Landtag in den Sturmtagen des Jahres 1919 nach der Ermordung Eisners jene verhängnisvollen Schüsse, denen ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei und als Schwerverletzter der sozialdemokratische Abgeordnete Auer zum Opfer fielen.

SPD. Braunschweig, 21. Sept. (Eig. Dr.)

In einer geschlossenen Sitzung vor Vertretern der braunschweiger Industrie stellte der Bundeskanzler des Stahlhelms, Major a.D. Wagner aus Berlin, die Forderungen seines Bundes an die Regierung Papen in folgenden Punkten auf:

- 1) Vollständige, einwandfreie Erledigung der Reparationsfrage und definitive Klärung der Auslandsverschuldung.
- 2) Einführung der "echten Arbeitsdienstpflicht" eines ganzen Männerjahrgangs für ein ganzes Jahr. Eine halbe Million Männer jeden Jahrgangs würde dadurch dem Arbeitsmarkt für ein Jahr dauernd entzogen. Arbeitsaufgabenseien da zu suchen, wo öffentliche Mittel nicht verfügbar seien. Dieser Arbeitsdienst müsse allmählich in die Wehrpflicht hineinwachsen.
- 3) Stärkung des Binnenmarktes, ausgehend von der Landwirtschaft.
- 4) Abbau der "überhöhten Staats- und Sozialwirtschaft. Die Sozialwirtschaft, deren Lage sich bedenklich zugespitzt habe, müsse gründlich aufgelockert werden.
- 5) Lockerung des Tarifwesens. Anstelle der Tarife müsse die Werkgemeinschaft treten.

Diese Forderungen durchzusetzen werde der Stahlhelm mit aller Energie bestrebt sein.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850;

Aus aller Welt

Mordsturm 33.

Blitzlichter aus dem Berliner Totschlagsprozess.- Hitlers "Kameraden" sagen aus... - Ein Täter unter den Zeugen?

SPD, Zu der Berliner Sondergerichtsverhandlung, die Aufklärung bringen soll, über die Schiesserei in der Röntgenstrasse in der Nacht zum 29. August, sind ungefähr 100 Zeugen geladen. Die Anklage nimmt an, dass der erschossene SA-Mann Gatschke und zwei seiner SA-Kameraden, die verletzt wurden, das Opfer kommunistischer Schützen geworden sind. Gegen diese Annahme sprechen die Feststellungen des ersten Verhandlungstages: Mauereinschläge wurden nur in den dem SA-Lokal gegenüber gelegenen Häusern, zwei Pistolen jedoch im Hofe des SA-Hauses gefunden.

Am Mittwoch sagte geschlossen Sturm 33 aus... Ausserdem traten als Zeugen zufällige Strassenpassanten auf, die Mündungsfeuer auch auf der kommunistischen Seite, d.h. auf der Seite, auf der der kommunistische Trupp marschierte, gesehen haben. Aber selbst wenn man annimmt, dass von kommunistischer Seite aus geschossen worden ist, so steht immer noch nicht fest - es spricht sogar sehr vieles dafür -, dass nicht auch von Nazis geschossen wurde. Und ferner ist es noch durchaus fraglich, ob unter den neun Kommunisten, die zufällig auf der Anklagebank sitzen und sämtlich ihre Schuld bestreiten, auch wirklich die Schützen sind. Denn mehrere Zeugen haben ausgesagt, dass sie nach der Tat gesehen haben, wie Männer, die sie für die Täter hielten, flüchteten und im nächtlichen Dunkel verschwanden.

Die Mitglieder des Sturms 33 traten in Zivil auf, verrieten aber ihre Herkunft durch Anmassung und schlechte Manieren, die der Vorsitzende zuweilen rügte. Sturm 33 scheint in der SA ungefähr dieselbe Rolle zu spielen wie in der alten Armee etwa das Garde du Corps: es ist wohl eine besondere Ehre, hier Mitglied sein zu dürfen. So etwas muss ja auch Hitlers "Kameraden" imponieren: Sturm 33 hat, wie bereits gerichtlich nachgewiesen und zum Teil geahndet wurde, Mord und Totschlag in der Sturmgeschichte stehen. Doch Freundschaft ist der Mühe Preis, es ist fast rührend zu sehen, wie sich jetzt vor Gericht schützend einer vor den andern und keiner zur Wahrheit stellt; wie sie alle ihre Aussagen vorher miteinander vereinbart haben; wie sie gemeinsam die Unrichtigkeit der polizeilichen Protokolle behaupten...

Die SA-Leute waren erst kurz vor der Schiesserei in ihr Verkehrslokal gekommen. Sie hatten vorher gemeinsam an einer politischen Versammlung teilgenommen. Der SA-Mann Wollenberg trennte sich schon vor dem Verkehrslokal von seinen Kameraden. Verteidiger: "Herr Zeuge, haben Sie gehört, dass der SA-Mann Kwietkowski kurz vor der Schiesserei rief: 'Rasch rein...?' Zeuge: 'Natürlich.' Verteidiger: 'Wieso ist das natürlich?' Zeuge: 'Muss ich antworten?' Vorsitzender: 'Ja.' Zeuge: 'Weil die andern wohl schon gewusst haben, was los ist. Die sind eben vorsichtiger als ich und haben sich schon vorher gedrückt. Ich bin eben nicht ängstlich...' Verteidiger: 'Ich denke, SA-Leute sind überhaupt nicht ängstlich?' Zeuge: 'Sind sie auch nicht.'

Der SA-Mann Kwietkowski, der bei dem Zusammenstoss zwei Schenkelschüsse davontrug, behauptete trotz aller mahnenden Vorhalte der Verteidigung, dass er in dem anrückenden Schützentrupp von 20 bis 25 Kommunisten die Angeklagten Heine und Schall mit der Pistole in der Hand gesehen haben will; er will auch trotz der Dunkelheit erkannt haben, dass Schall geschossen hat. Der Zeuge kannte die Beschuldigten persönlich nicht. Die Wiedererkennung erfolgte auf der Polizei aufgrund von Photographien.

SA-Mann Gross: "Wir sahen auf dem Weg zum Verkehrslokal verdächtige Gestalten." Verteidiger: "Wieso verdächtige Gestalten?" Zeuge: "Sie haben auf Bänken gesessen und uns scheel angesehen." Verteidiger: "Woher wussten Sie, dass es Kommunisten sind?" Zeuge: "Ich vermutete das." Verteidiger: "Es gibt doch ausser Kommunisten noch andere Leute, vielleicht sogar Mitglieder der Zentrumsparlei, die nachts auf Bänken sitzen. Berechtigt das zu der Annahme, dass man Sie überfallen wird?"

SA-Mann Ewert: "Ich habe auf dem Wege ins Lokal niemanden gesehen." Vors.: "Im polizeilichen Protokoll lautet Ihre Aussage: 'Ich begegnete auf dem Wege mehreren mir unbekannten Kommunisten.'" Zeuge: "Dann kann es wohl stimmen." Vors.: "Wieso waren es Kommunisten?" Zeuge: "Weil in unserer Gegend viel Kommunisten wohnen." Verteidiger: "Finden Sie diese Erklärung genügend?" Zeuge: "Mit Ihren Winkelzügen kann ich nicht mit." Verteidiger: "Herr Vorsitzender, wollen Sie mich bitte gegen diese Ausdrucksweise schützen?" Vors.: "Ich sehe keine Veranlassung. Der Zeuge versteht unter Winkelzügen eben Ausdrücke, die er nicht versteht."

SA-Mann Erdmann hat vor der Polizei ausgesagt, dass vor dem Zusammenstoss vier Mann von seinem Sturm vor dem Lokal Wache standen. Vor Gericht erklärt er: "Da habe ich mich geirrt. Es standen keine Posten draussen."

SA-Mann Domning: "Ich war dabei, aber ich bin erst nach dem Zusammenstoss in den Sturm 33 als Mitglied eingetreten. Vorher war ich in Sturm 90." Verteidiger: "War Ihr Bruder nicht Mitglied des Sturms 33 und ist wegen Teilnahme an einer Schiesserei rechtskräftig verurteilt worden?" Zeuge: "Jawohl." Vors.: "Haben die Kommunisten Waffen gehabt?" Zeuge: "Das weiss ich nicht." Vors.: "Im Protokoll steht: Ich konnte hören, wie einer eine Waffe entsicherte." Zeuge: "Ich hörte etwas knacksen. Ob es eine Waffe war, weiss ich nicht." Verteidiger: "Sie fuhren nur auf dem Rade vorbei?" Zeuge: "Ja, aber ich habe es trotzdem gehört." Verteidiger: "Ich denke Sie haben keine Waffe?" Zeuge: "Aber das Geräusch kenne ich." Verteidiger: "Woher denn?" Zeuge: "Mann hat es mir erzählt wie das klingt." Verteidiger: "Wer denn?" Zeuge: "Das sage ich nicht." Verteidiger: "Sie bleiben dabei, dass Sie noch nie dabei waren, wie eine Waffe entsichert wurde und behaupten, das Geräusch nur vom Hörensagen zu kennen?" Zeuge: "Jawohl." Angeklagter Krüger: "Es will mir vorkommen, als ob dieser Zeuge zwischen den Häusern der Röntgenstrasse 2 und 3 gestanden und geschossen hat. Ich kenne ihn an der Kleidung wieder. Ich habe das auch auf der Polizei angegeben." Zeuge: "Ich bin es nicht gewesen." Vors.: Landgerichtsdirektor Tolck: "Also der Zeuge sagt, er ist es nicht gewesen."

Der Zeuge darf sich setzen...

Ego.

Krauses Kronzeuge. Im Prozess des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss gegen die nationalsozialistischen Redakteure Lippert und Krause waren die Angeklagten hinsichtlich der Glaubwürdigkeit ihres Kronzeugen Bast am Mittwoch vom Pech verfolgt. Bast hatte am Montag ausgesagt, dass er in seinen Aussagen über seine eigene Vermittlertätigkeit bei der Konzessionsaffäre "Café Terminus" von der Polizei beeinflusst worden sei. Oberregierungsrat Hoppe führte nun aus, wie Bast in jeder Beziehung unglaubwürdig sei. Bast ist Inhaber von zwei Absteigequartieren; augenblicklich schwebt gegen ihn ein Verfahren wegen Kuppelei. Einmal war er in der Landesirrenanstalt Raupitz. Rechtsanwalt Arras: "Hat im Vorjahre gegen Sie, Herr Bast, ein Verfahren zur Ableistung des Offenbarungseides geschwebt und haben Sie in diesem Verfahren behauptet, dass Sie den Offenbarungseid nicht leisten könnten, weil Sie geisteskrank sind?" Bast: "Ja." Rechtsanwalt Arras: "Damals hatte Sie der Medizinalrat Störmer untersucht und als Gerichtssachverständiger erklärt, dass Sie völlig zurechnungsfähig seien? Stimmt das?" Zeuge: "Jawohl." Rechtsanwalt: "In dem Gutachten steht weiter, dass Sie Geisteskrankheit nur vor-täuschen... Sie haben von einer Kriegsverletzung gesprochen, deren Folge Ihr Aufenthalt in der Irrenanstalt war. Sind Sie eigentlich an der Front gewesen?" Zeuge: "Jawohl." Vors.: "An welcher Front?" Zeuge: "An der dänischen Grenze und in Gent..." Rechtsanwalt: "Ist es richtig, Herr Zeuge, dass Sie im Jahre 1917 in Spandau eine einjährige Festungsstrafe abgebusst haben, weil Sie einen Brief eines russischen Offiziers befördert haben?" Zeuge: "Dessen entsinne ich mich nicht mehr." Vors.: "Man vergisst doch eine einjährige Festungsstrafe nicht!" - Zeuge: "Ich habe das vergessen!" Vors.: "Na, dann kann ich Ihnen sagen, dass Ihre Glaubwürdigkeit erledigt ist."

Es wurde weiterhin gerichtlich festgestellt, dass im Gegensatz zu der Vermutung der Angeklagten der Berliner Kriminalkommissar Kanthack nicht wegen der Aushebung eines Spielklubs in Norderney versetzt wurde, sondern - ohne Wissen von Dr. Weiss - aus rein innerdienstlichen Gründen. Schliesslich wurde am Mittwoch ein Zeuge über die Ursachen des persönlichen Gegensatzes zwischen Kriminalkommissar Greiner und Dr. Weiss befragt. Zeuge: "Ich habe den Eindruck gehabt, dass der Herr Vizepräsident dem Krim.-Komm. Greiner nicht sympathisch ist." Angekl. Krause: "Worauf haben Sie das zurückgeführt?" Zeuge: "Dr. Weiss ist Jude und Greiner ist Bayer!" (Grosse Heiterkeit).

+ + +
Familienfreitod. In dem Münchener Villenvorort Gauting hat sich der pensionierte Oberregierungsrat der bayerischen Forstverwaltung Dr. Jucht, erschossen; seine Schwiegermutter, seine Schwägerin und deren 42jährige Tochter beendeten ihr Leben freiwillig durch Gastod. Die Frau des Oberregierungsrats ist vor zwei Jahren gestorben. Der Entschluss zur Tat liegt in dem drohenden Verfall des gemeinsamen Millionenvermögens. Wie es heisst, soll die Familie durch einen Bankier übervorteilt worden sein.

+ + +
Unwetterkatastrophe. Südfrankreich, insbesondere die Gegend zwischen Nîmes und Montpellier wurde von einem furchtbaren Gewitter und wolkenbruchartigem Regen heimgesucht. Ein junges Mädchen ist vom Blitz erschlagen worden.

Die meisten Flüsse sind über die Ufer getreten, zahlreiche Strassen und Eisenbahnlinien unterbrochen, Gärten und Felder verwüstet. Ein Eisenbahntunnel ist infolge Deckeneinsturzes versperrt, viele Telegraphen- und Telefonleitungen sind zerstört. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden dürfte sich auf mehrere Millionen Francs beziffern.

+ + +
Der Nazifunk. Richard Kolbe, bisher Herausgeber der bayerischen Radiozeitung, wurde zum Sendeleiter der Berliner Funkstunde ernannt. Kolbe war bis vor kurzem Mitglied der NSDAP.

Gewerkschaftliche Rundschau

Trugbilder.

Der neue Arbeitsmarktbericht.

SPD. Wer die Zahlen des neuen Arbeitsmarktberichts der Reichsanstalt über die Entwicklung in der Zeit vom 1. bis 15. September für bare Münze nimmt, tappt völlig im Dunkeln. Die mitgeteilten Zahlen besagen alles mögliche, nur über den wirklichen Stand der Dinge auf dem Arbeitsmarkt geben sie keinen Aufschluss. Der neue Bericht lautet:

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen betrug am 15. September rund 5 261 000 lag also nicht wesentlich über der Zahl vom 31. August. Die Bewegungen, die zu diesem Endergebnis geführt haben, waren sehr verschiedenartig. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, beides überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen. Im übrigen drückt sich in der Zahl der Arbeitslosen auch die starke Zunahme der Arbeitsdienstwilligen aus, die zweifellos über die Zahl vom 21. August - rund 144 000 - weit hinausgewachsen sind. Trotzdem ist in der Berichtszeit die Arbeitslosenzahl nur um rund 38 000 gestiegen, während in der entsprechenden Zeit des Vorjahres eine Zunahme um rund 109 000 zu verzeichnen war.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge rund 1 280 000 (gegen 1 295 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut.

Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren, belief sich Ende August schätzungsweise auf 65 000 Personen. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende August rund 144 000 Arbeitsdienstwillige tatsächlich beschäftigt; diese Zahl hat sich also gegenüber dem vorigen Bericht auf Grund nachträglicher Meldungen noch erhöht. Zu diesen 209 000 Arbeitslosen, für deren Beschäftigung Mittel des Reichs und der Reichsanstalt unmittelbar eingesetzt wurden, tritt noch eine erhebliche Zahl Arbeitsloser, die im Berichtszeitraum durch die neuen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Reichsregierung mittelbar Beschäftigung fanden, insbesondere im Strassen- und sonstigen Tiefbau.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen kann für Mitte September noch nicht geschätzt werden. Für Ende August steht sie nunmehr mit 2 030 000 fest. Sie umfasst die nach den neueren Bestimmungen der Reichsregierung von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen und ist daher selbstverständlich kleiner als die Gesamtzahl der Empfänger von öffentlichen Fürsorgeleistungen.

* Landwirtschaftliche Arbeitskräfte wurden in den meisten Bezirken nach Beendigung der Körner- und Grummeternetze entlassen. Die Anforderungen für die Hackfruchternte setzten in Ostpreussen lebhaft, anderwärts erst zögernd ein. Die Steinbrüche waren auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms meist noch weiter aufnahmefähig. Aus dem gleichen Grunde konnten auch bei Wasserbauarbeiten Kräfte untergebracht werden. Dagegen sank im Baugewerbe der ohnehin niedrige Bestand der Beschäftigten weiter. Im Kohlenbergbau und in der Metallverarbeitungsindustrie hat sich die Lage nicht wesentlich verändert. In der Metallverarbeitungsindustrie fand in verschiedenen Bezirken eine starke Fluk-

tuation statt. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe hatten neben einzelnen örtlichen Besserungserscheinungen an anderen Stellen weitere Betriebseinschränkungen zu verzeichnen, vor allem in der Möbelindustrie.

Für das Spinnstoffgewerbe führte die Preisbewegung auf wichtigen Rohstoffmärkten nunmehr zu einer nicht unbedeutenden Belebung, die sich allerdings meist auf die Hersteller geringerer Qualitäten beschränkte. Im Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie hat sich die überwiegend saisonmässige Besserung weiter fortgesetzt. Im Gastwirtsgewerbe nahm die Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Sommersaison zu. Der Arbeitsmarkt des Verkehrsgewerbes wurde durch Entlassungen der Reichsbahn belastet.

Wenn in der Berichtszeit die Arbeitslosenzahl nur um rund 38 000 gestiegen ist, dann hat das zwei Hauptgründe. Einmal haben wir nach wie vor mit der Tatsache zu rechnen, dass ein grosser Teil der Arbeitslosen, die infolge der scharfen Hilfsbedürftigkeitsprüfung keine Unterstützung mehr erhalten, nicht mehr zu den Arbeitsämtern kommt und infolgedessen auch nicht mehr gezahlt wird. Der zweite Hauptgrund für den scheinbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit liegt in der jetzt vor sich gehenden künstlichen Arbeitsmarktbelebung durch das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Natürlich werden jetzt Neueinstellungen vorgenommen, weil der Unternehmer dabei kein Risiko zu tragen hat. Der Lohn wird ja nicht aus seiner Tasche gezahlt, die Neueinstellung wird finanziert aus den Steueranteilscheinen des Staates und aus den Hungerlöhnen der Arbeiter, deren Bezüge von neuem gekürzt werden, nachdem sie ganze Zeit über bereits gekürzt worden sind. Der Unternehmer kann also für einige Wochen, ja vielleicht für ein Vierteljahr seine Läger auffüllen. Die Frage ist aber, wer die neu hergestellten Waren abnehmen soll, da eine Stärkung der Kaufkraft gerade infolge des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung verhindert wird. Nicht einige hunderttausend Unternehmer, sondern die Millionen der Arbeiter müssen als Käufer auftreten, wenn die jetzt frisch aufgefüllten Läger Absatz finden sollen.

Der Belebnungsversuch am Arbeitsmarkt durch das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist keine auf natürlichem Weg vor sich gehende Kräftigung und Stärkung, sondern nichts anderes als eine Spritze, durch die nur vorübergehend der kranke Körper hochgerissen wird. Ein Rückschlag ist unvermeidlich, wenn die Regierung nicht Vernunft annimmt, wenn sie die Warnungen der Gewerkschaften nicht beherzigt, die stets nur eine Arbeitsbeschaffung mit dem Ziel der Kaufkraftstärkung gefordert habe.

SPD. Die zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit ist nun ebenfalls erlassen. Sie regelt die Anwendung der Hauptverordnung auf Akkordlöhne. Voraussetzung der Kürzung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, auch hier, dass eine tarifliche Lohnregelung für den Arbeitnehmer besteht. Da praktisch schwer festzustellen wäre, welcher Teil des Akkordverdienstes gerade in der einunddreissigsten bis vierzigsten Wochenarbeitsstunde erarbeitet ist, soll bei der Berechnung des zulässigen Abzugs von einer gleichmässigen Verteilung des Akkordverdienstes auf die einzelnen Stunden ausgegangen werden. Auch der Anteil des tarifvertraglichen Lohnsatzes am Akkordverdienste liesse sich nur durch umständliche Berechnung feststellen. Deswegen soll vom tatsächlichen Akkordverdienste des einzelnen Arbeiters ausgegangen werden. Die Akkordarbeiter werden im Gesamtdurchschnitt etwa zehn vom Hundert übertariflichen Verdienst haben. Dieser Ueberschussverdienst soll vom Abzuge frei bleiben. Der Arbeitgeber hat für die Berechnung zwei Wege, die zum gleichen

Ergebnisse führen: Er kann entweder zehn vom Hundert des tatsächlich erzielten Akkordverdienstes frei lassen, also den Abzug von 90 v.H. des Verdienstes berechnen, oder er kann die Hundertsätze der in der Hauptverordnung vorgesehenen Unterschreitung um zehn vom Hundert ermässigen.

Im Zusammenhang damit wird auch eine Klarstellung der Vorschrift vorgenommen, dass in dem Aushang, der die Unterschreitung des Tarifsätze bekannt gibt, die ermässigten Lohn- und Gehaltssätze anzugeben sind. Es genügt, dass der Arbeitgeber den Hundertsatz angibt, um den die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze oder die Akkordverdienste unterschritten werden sollen.

Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, dass nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und -gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien folgt also nicht etwa, dass der Arbeitgeberverband den ihm angeschlossenen Arbeitgeber dazu anhalten müsste, trotz der ihm durch die Verordnung verliehenen Berechtigung den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragsätze gerichteten Arbeitskampf unterstützte, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstossen.

Wir kommen auf diese neuen Durchführungsbestimmungen zurück, sobald ihr genauer Wortlaut vorliegt.

SPD. In verschiedenen Zeitungen wurde berichtet, dass Reichsarbeitsminister Schäffer seine Anwesenheit auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf benutzt habe, um in Duisburg Besprechungen mit den Unternehmern und den Arbeitnehmern des Bergbaues zu führen und so eine Einigung der Tarifparteien ausserhalb des amtlichen Schlichtungsverfahrens anzubahnen.

Dem Verband der Bergbauindustriearbeiter und ebenso dem Zechenverband ist von diesen Besprechungen nichts bekannt.

SPD. Die Reichsbahn ist ein gerissener Wohltäter: sie stellt ein und entlässt zu gleicher Zeit. Sie hat 52 000 Mann gekündigt. Diese Kündigungen sind bis heute nicht zurückgenommen. Sie laufen ab. Aber die Reichsbahn hat auch ein Herz. In den Wintermonaten sollen - wenn die Witterung es erlaubt - rund 30 000 Mann Beschäftigung erhalten - aber, als Zeitarbeiter, d.h. ohne die sozialen Rechte, die sich die jetzt gekündigten Leute vielfach mit einem Dienstalter bis zu 35 Jahren vor allem in der Pensionsversicherung erworben haben. Die Reichsbahn stellt also nicht nur nicht einen einzigen Mann mehr ein; im Gegenteil: sie baut ab, und auf den Arbeitsplätzen, die vielleicht besetzt werden, muss unter schlechteren Bedingungen gearbeitet werden.

Das ist keine Arbeitsbeschaffung, sondern ein unfaires Geschäft. Und so etwas posaunt nun auch noch die Reichsbahn-Hauptverwaltung in die Welt hinaus als grosse Tat.

SPD. Bei der Gusstahlfabrik Wittmann in Hagen-Haspe sind von 500 Mann Belegschaft über 400 in Streik getreten. Die Firma will zwecks Neueinstellung von Arbeitern auf Grund der Notverordnung die Löhne um rund 10 Prozent herabsetzen. Am Streik beteiligen sich auch die Anhänger der RGO und der Nationalsozialisten. Die Firma hat die Entscheidung des Schlichters angerufen.



Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn.

Ungenügende Wirkungen. - Wo bleibt die Arbeitszeitverkürzung?

SPD. Die Reichsbahngesellschaft hat am Mittwoch Mitteilungen über ihr Winterarbeitsbeschaffungsprogramm gemacht. Das Programm soll die Auswirkungen der Papenschen Aktion bei der Reichsbahn darstellen. Nun ist die Reichsbahn das grösste Unternehmen Deutschlands. Ausserdem handelt es sich bei ihr um eine Einrichtung, auf die die Reichsregierung immerhin grossen Einfluss hat. Man müsste annehmen, die Reichsbahn hätte alle Mittel erschöpft, um möglichst viel Arbeiter von der Strasse zu bringen. Die Reichsbahn wartet aber mit recht bescheidenen Ergebnissen auf. Sie hätte ohne Zweifel hinsichtlich des Abbaus unseres Arbeitslosenheeres mehr tun können. Hat aber wohl verziehtet, weil die leitenden Herren bei der Reichsbahngesellschaft von einer veralterten und gerade in der Krisenzeit nicht mehr haltbaren Vorstellung von Arbeitszeit und Ausnützung der einzelnen Arbeitskraft - peinlich gemessen mit der Stoppuhr! - nicht loskommen können.

Geplant ist, neben den bisher schon vorgesehenen Mitteln weiter etwa 180 Millionen Mark für Beschaffung von Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn dadurch zufließen, dass das Reich auf die Beförderungssteuer verzichtet. Die Mittel werden durch Vorfinanzierung flüssig gemacht. Auf diese Weise können die Aufträge bereits ab 1. Oktober 1932 herausgegeben werden. So weit das wegen der Witterung usw. möglich ist, sollen diese Arbeiten noch im Winterhalbjahr durchgeführt werden. Die zur Verfügung stehende Summe von 180 Millionen Mark soll, auf dem Kreditwege, um 100 Millionen Mark erhöht werden. Sein Einverständnis hat der Verwaltungsrat bereits erteilt.

Ueber die Verwendung wird gesagt, dass auch das Kleingewerbe und das Handwerk im ganzen Reichsgebiet z.B. bei Wiederherstellungs- und Verbesserungsarbeiten an Gebäuden und sonstigen Reichsbahnanlagen zu berücksichtigen sind. Das bei der Reichsbahn vorrätige Schienen- und Schwellenmaterial will man mit Beschleunigung einbauen. Dazu kommt ein Grossauftrag an eisernen Oberbaustoffen im Umfang von 320 000 Tonnen und zwar laufen die Bestellungen ab 1. Oktober 1932 acht Monate lang zu je 40 000 Tonnen im Monat. Im übrigen ist Ein- und Verkauf von Holzschwellen und Steinschlag vorgesehen. Auch die Fahrzeug- und Bauindustrie will man mit Aufträgen bedenken.

Nutznieser scheint auch bei der diesmaligen Arbeitsbeschaffung die Schwerindustrie zu sein, was immer den Nachteil hat, dass die schwere Industrie zunächst mal vom Lager verkauft. Es wäre hier die Einschaltung einer Klausel zu wünschen, wonach die Lieferungen der Schwerindustrie an die Reichsbahngesellschaft unmittelbar aus der Produktion zu erfolgen hat. Nur so werden die wünschenswerten Auswirkungen hinsichtlich einer Belebung der Eisenindustrie möglich.

Abgesehen von der Mehrarbeit bei den Lieferanten will die Reichsbahngesellschaft mit Hilfe dieses Programms 24 000 Mann beschäftigen. Ausserdem sollen durch Einlegen von Feierschichten mindestens 6 000 Mann in Beschäftigung bleiben. Das klingt sehr bescheiden. Man giesst mit diesen Darlegungen viel Wasser in den Papenschen Wein. Ohne es eigentlich nötig zu haben.

Nach den Darlegungen der Reichsbahn bietet das Programm Beschäftigung für 30 000 Mann. Nun behauptet die Reichsbahn immer wieder, dass allein in der

Bahnunterhaltung 52000 Mann überflüssig sind. Nach den Angaben der Reichsbahn können von diesen 52 000 Mann 30 000 Mann auf Grund ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt werden. Was wird aus den übrigen 22 000 Mann? Und eine andere Frage: Wird die Beschäftigung der 30 000 möglich sein, auch wenn die kalte Witterung eintritt? In diesem Zusammenhang - Bahnunterhaltung - spricht sich die Reichsbahngesellschaft sehr vorsichtig aus, indem sie ihre Ausführungen über die Beschäftigung im Winterhalbjahr mit der Klausel "soweit als irgend angängig" versieht.

Man kann sich denken, dass die Bescheidenheit der Reichsbahngesellschaft die Öffentlichkeit, soweit sie noch an die Wirkungen des Papenschen Programms glaubt, stutzig machen muss. Man hat in den letzten Tagen soviel von der psychologischen Wirkung der einzelnen Wirtschaftsprogramme gesprochen. Warum verzichtet die Reichsbahngesellschaft auf diese psychologischen Wirkungen? Warum bemüht auch sie sich nicht, um jene Wirkung zu erzeugen, von der angeblich in der kapitalistischen Wirtschaft so viel abhängt?

Die Reichsbahngesellschaft hat doch die Mittel in der Hand. Im Betriebs- und Verkehrsdienst bei der Reichsbahngesellschaft sind z.B. 360 000 Mann, Beamte und Arbeiter, beschäftigt. Ihre Wochenarbeitszeit beträgt im Durchschnitt 54 bis 57 Stunden. Es gibt noch Schichtzeiten - Leerlauf von der reinen Arbeitszeit sauberlich durch die Stoppuhr geschieden - von 93 Stunden pro Woche. Bei 50 % der erwähnten 360 000 Beschäftigten liegen Schichtzeiten von 60 bis 93 Stunden vor.

Das ist ein Kapitel aus der berühmten Rationalisierung der Reichsbahngesellschaft. Jeder wird zugeben, dass sowohl die Arbeitszeiten als auch die Schichtzeiten überhöht sind; würde man die 48-Stundenwoche einführen, so würde man allein im Betriebs- und Verkehrsdienst 25 000 bis 30 000 Mann voll beschäftigen können.

Wir haben nur ein Beispiel herausgegriffen. Aber auch in anderen Abteilungen liegen die Dinge nicht anders. Im Verwaltungsdienst der Reichsbahngesellschaft gibt es noch Arbeitszeiten im Wochendurchschnitt bis zu 54 Stunden. Auch hier könnte man durch Verkürzung auf das, durch die Krise gebotene Mass ohne weiteres einige tausend Mann unterbringen.

Warum nicht? Man will eben an Einrichtungen festhalten, die an sich mit dem technischen Fortschritt im Verkehrswesen nicht mehr vereinbar sind. Vor allen Dingen nicht in der Zeit einer Arbeitsmarktkrise, wie wir sie gegenwärtig haben.

Fassen wir das Ergebnis der Arbeitsbeschaffung bei der Reichsbahngesellschaft, die dem Reich und der Öffentlichkeit 180 Millionen kostet, kurz zusammen: 24 000 Mann werden bei der Reichsbahn für einige Zeit noch beschäftigt. 6 000 Mann werden gehalten, aber mit Hilfe der verbleibenden Belegschaft, die kurzarbeitet. Zuzugeben ist, dass die Aufträge der Reichsbahn der Privatwirtschaft die Möglichkeit zu Neueinstellungen geben. Diese Möglichkeiten können wir aber nicht allzu hoch veranschlagen, weil ja der grösste Teil der Aufträge an die schwere Industrie geht und diese erst ihre Läger räumen wird. Profitieren werden hier die Banken, die diese Läger mit Millionen beliehen haben aber weniger die Arbeitslosen.

SPD. Der Zentralausschuss der Reichsbank genehmigte am Mittwoch den Antrag, den Diskontsatz um 1 % auf 4 % herunter zu setzen. Der Lombardsatz ermässigt sich damit um ebenfalls 1 % auf 5 %.

Die Reichsbank selbst begründet die Diskontherabsetzung, die ja in dem Programm der Reichsregierung eine besondere Rolle spielt, durch den Hinweis auf die Erleichterung der Situation bei der Reichsbank, die fortgeschrittene Verflüssigung an den deutschen Geldmärkten und auf die Diskontsenkung im Auslande.

SPD. Die Kölner Herbstmesse für Haus- und Küchenbedarf, die am Sonntag begonnen hat, scheint mehr als die Leipziger Herbstmesse die Wirkungen einer Konjunkturfreudigkeit zu geniessen. Die Aussteller konnten zahlreiche Aufträge hereinnehmen, darunter auch verhältnismässig grosse Orders. Grosse Bestellungen machten z.B. die Einkaufsgenossenschaften, die sich in immer stärkerer Masse in Köln eindecken. Verschiedene Ausstellerfirmen bezeichnen das Kölner Geschäft weitaus besser als das Geschäft in Leipzig, das allerdings im Rahmen der Leipziger Herbstmesse schon eine Ausnahme machte und nicht so schmal ausgefallen sein dürfte wie das Ergebnis anderer Industriezweige.

Mit der diesjährigen Messe ist eine Westdeutsche Gastwirte- und Hotelfachmesse verbunden. Sie soll die neuzeitliche Technik des Hotels- und Gastwirtsbetriebs zeigen. Zu erwähnen sind im Rahmen der Ausstellung die modern gestalteten Gasthöfen. Man vermeidet dabei die prunkvolle und kostspielige Ausstattung und legt Wert auf Garten- und Terrassenschmuck, der nur eine einfache Wartung und Pflege erfordert. Eine Anpassung an die moderne Entwicklung stellt auch die Diätküche dar. Wie es scheint, weil sich das gastronomische Gewerbe mit dem Zug zur leichteren Kost und zu Salatspeisen, deren Möglichkeiten in Deutschland erst gering ausgeschöpft sind, abfinden.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat im "Reichsanzeiger" die Durchführungsbestimmungen für die im Papenprogramm vorgesehenen Hausreparaturen usw. veröffentlicht. Sie werden die kleinen Hausbesitzer enttäuschen. Es gibt in Deutschland viele Hausbesitzer, die sich mit dem Ertrag ihrer Arbeit ein Häuschen errichtet haben. Vielfach sind sie während der Krise durch Arbeitslosigkeit usw. in schwere Not geraten. Hilfe ist für diese Existenzen, die keineswegs Hauspaschas sind, dringend notwendig. Sie müssen es nun erleben, dass sie in der Durchführungsbestimmung des Reichsarbeitsministeriums gegenüber den grossen Hausbesitzern zurückgesetzt werden. Einmal unterscheiden die Durchführungsbestimmungen zwischen Hausreparaturen und Wohnungsteilungen. Für die Hausreparaturen vergütet das Reich aus dem Ertrag des Grundsteuernachlasses in Höhe von 40 % und aus einem verlorenen Zuschuss von 50 Millionen Mark nur 20 %. Bei den Wohnungsaufteilungen, für die nur grosse Hausbesitzer in Frage kommen, werden aber 50 % vergütet. Hier liegt eine krasse Benachteiligung der kleinen Hausbesitzer.

Aber auch sonst ist alles getan, um die Kleinen aus der Aktion auszuschalten. Der Zuschuss bei Hausreparaturen wird von einer Reparatursumme in Höhe von 250 Mark pro Objekt abhängig gemacht. Bei 250 Mark Reparaturkosten wird das Reich 50 Mark vergüten. Den Rest hat der Hausbesitzer zu tragen. Durch diese Regelung kommen aber die Kleinen nicht in den Genuss des Zuschusses. Sie fallen von selbst aus, weil sie eben die benötigten 80 % nicht aufbringen können.

Im übrigen verfügen die Durchführungsbestimmungen, dass Zuschüsse nur für solche Arbeiten gezahlt werden, die nach dem 25. September 1932 und zum mindesten spätestens am 1. April 1933 aufgenommen werden. Anträge sind an Stellen zu richten, die von der Regierung noch bestimmt werden. In Preussen werden dafür wohl die Gemeinden in Frage kommen. Bei der Teilung von Grosswohnungen wird der Zuschuss im Höchstfalle auf 600 Mark für jede Teilwohnung beschränkt d.h. es wird in der Praxis voller Zuschuss gewährt.

Roggen gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 21. September.) ●

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb weiter recht ruhig. Nach der festeren Tendenz des Vortages war besonders das Angebot in Roggen von verladener Ware recht reichlich. Demgegenüber hielt sich die Nachfrage in engen Grenzen. Da jedoch wieder Stützungskäufe erfolgten, konnten sich die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte und auch in prompter Ware behaupten. Weizen hatte ziemlich knappes Angebot; jedoch blieb auch hier die Kauflust gering. Es lässt sich beobachten, dass namentlich die Käufe aus dem Westen in diesem Jahre geringer sind als sonst, weil in den westlichen Bezirken Deutschlands die Eigenernte ziemlich gross ausgefallen ist. Auch die Weizenkurse blieben allgemein unverändert. Mehl hatte weiter sehr kleines Bedarfsgeschäft. Hafer heigte eher zur Schwäche. Das Angebot war nicht gross; jedoch hielt sich auch der Konsum zurück. Für Futtergerste war die Stimmung gleichfalls ruhig. Für Braugerste zeigte sich einiges Interesse. Die Forderungen der Eigener waren zu hoch, sodass sich kein Geschäft entwickeln konnte.

	20.9.	21.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206 - 208	206 - 208
Roggen	160 - 162	160 - 162
Futter- und Industriergerste	167 - 173	167 - 173
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,00-29,75	25,25-29,75
Roggenmehl	21,30-23,65	21,20-23,55
Weizenkleie	9,80-10,20	9,80-10,20
Roggenkleie	8,50- 8,90	8,50- 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 219½-220 (Vortag 220), Oktober 218 (218), Dezember 219-219½ (218½) März 223½-223½ Brief (223). Roggen September 172½ (173½) Oktober 171½-171½ (172½), Dezember 173-172½ (173½), März 175½ + Geld (175½). Hafer September 145½ (145½).

SPD. Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G. in Berlin, die Hausbank der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat das Krisenjahr 1931/32 weniger schwer empfunden, was bei der ganzen Stellung der Bank begreiflich ist. Die Einnahmen werden mit 3,197 Millionen Mark angegeben; ihnen stehen Handlungsunkosten in Höhe von 2,367 Millionen gegenüber. Der Reingewinn beträgt rund 829.000 Mark. Die 7%ige Dividende erfordert davon 560.000 Mark. Der Aufsichtsrat, der aus 19 Köpfen besteht, erhält 80.000 Mark. Ausserdem gehen an den Aufsichtsrat und den Vorstand noch rund 294.000 Mark.

Es dürfte an der Zeit sein, dass sich die Öffentlichkeit mit der Tantiemenpolitik einer Bank beschäftigt, die einem Institut als Hauptbank dient, das immerhin als Reichsinstitut anzusprechen ist. Aber wir sind ja auch schon die Politik der hohen Gehälter bei den leitenden Beamten und des Lohn- und Gehaltsdrucks bei der Beamten- und Arbeiterschaft von der Reichsbahngesellschaft derart gewöhnt, dass es bei ihrer Hausbank geradezu auffallen würde, wenn sie die Sparsamkeitsermahnungen der Reichsregierung ernst nähme.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 21. Sept. 1932.

Hirschbrunft.^x

SPD. Ein stiller, sonniger Herbsttag neigt sich seinem Ende zu. Frisch und kühl zieht die Abendluft aus den engen Talzügen. Der tiefblaue Himmel ist klar und wolkenlos; der Sonnenschein liegt so golden auf den herben Fichtenwäldern; die wenigen Laubbäume tragen einen ersten frühen Schimmer von herbstbunten Farben. Es liegt soviel Herbstgold in der Luft; es ist, als wolle die Sonne zum letzten Male noch einmal alles in tiefes volles Gold hüllen.

Die Zeit verrinnt. Totenstille ringsumher. Höchstens, dass irgendwo eine Drossel erschreckt aufflattert, gestört von dem auf seinem Wechsel in den Dickungen entlangziehenden Wilde. Aber die verlorenen Laute lassen die Stille nur noch tiefer erscheinen. Die Sonne versinkt als feurige Kugel im Westen; die grauen Fichtenstämme am jenseitigen Berghange leuchten noch einmal auf, vom letzten Sonnenstrahle getroffen. Ueber dem Bächlein im Tale liegt ganz leicht und zart ein dünner feiner Nebelhauch.

Da tönt's über Berg und Tal herüber, ein langgezogenes, tiefes Röhren. Und dann bald hier, bald dort, erst zaghaft, zögernd, nur hin und wieder ein Schrei, bis das Melden zum volltiefen mächtigen Orgeln anschwillt. Durch den sonst so stillen Bergwald dröhnt der Brunftschrei der Hirsche, ein Vollakkord überschäumenden Lebens, ein herrischer, trotziger Klang.

Dicht unter einer schroffen Felskuppe, hart am Gestein, in einem kleinen Seitentale, habe ich meinen Beobachtungsstand ausgesucht. Vor mir fällt der Hang steil ab und steigt drüben ebenso steil wieder auf, diesseits Kulturbhölse, jenseits Übermannshöhe Dickung, die ganze Bergwand bedeckend. Mitten drin schreitet der Hirsch; zu sehen ist nichts, denn die Fichten sind zu hoch. Das Wild zieht allmählich näher; es drängt zum Graben hin, um die frischen, saftigen Gräser am Wasser zu äsen. Leise bricht es, knickt und knackt bald hier, bald da. Dicht am Dickungsrande ist das Rudel zu hören; jeden Augenblick muss das Leittier erscheinen - doch stattdessen zieht das Wild in der Dickung längs des Grabens weiter. Der Hirsch meldet immer noch weiter drin in der hohen Schonung; das Mutterwild steht weit umher, und der Hirsch bleibt bei den letzten Stücken. Rasch ist es dämmerig geworden; in einer Viertelstunde ist's vorbei, und ich bekomme heute noch nicht heraus, was für einen Hirsch ich vor mir habe. Eben bearbeitet er eine Fichtenstange, dass es prasselt. Dann zieht er weiter, dem Kahlwilde nach. - Aber dort muss er ja über eine kleine Blösse kommen, wo ein paar Buchen lückig und krüppelig am steilen Schotterhange stehen. Da, wenige Augenblicke, und er ist herüber, aber doch Zeit genug, um eine gute, dreizackige Krone mit hellblitzenden Enden zu erkennen. Das gilt mir heute als voller Erfolg.

Beschwerlich ist die Kletterpartie bis nach der Strasse, aber im schwindenden Lichte geht es so eben noch. Der Hirsch röhrt auf der anderen Seite der Dickung; sein voller, tiefer Bass begleitet mich noch eine ganze Weile auf dem Heimwege. Laut ruft das Käuzchen, und durch die Fichtekronen schimmern hell die Sterne hindurch. -

Acht Tage später; den ganzen Sonntag hat's geregnet. Gegen Abend war ich im Revier, aber es war nichts los. Grau und grämlich, nebelverhangen die ganze Welt, tropfnass der Wald und die Wiesen. Da habe ich dann den Abend am Schreibtisch gegessen und mich in den papiernen Blätterwald vergraben.

Gegen Mitternacht werfe ich einen Blick zum Fenster hinaus - und bin überrascht: Glasklare, helle, kalte Vollmondnacht. Im Umsehen bin ich fertig

und schreite rüstig dem Reviere zu. Ein langes, schmales Wiesental ist mein Ziel; dort geht der Wind gut, und es treibt sich in der Gegend ein sehr starker Zwölfender herum, das heisst: Genaueres weiss man nicht.

Die Hirsche röhren an allen Ecken und Enden; überall ist der wildeste Trubel im Gange. Von den bewussten Wiesen tönt auch eine ganz grobe Stimme herüber. Bald bin ich in der Nähe, und nun heisst es, sehr, sehr vorsichtig sein. Am Rande des Fichtenhochwaldes im tiefen Schatten schlängelt sich ein Pirschpfad längs der Wiese hin. An den Schauplatz des nächtlichen Hochzeitsreigens wäre schon leicht heranzukommen, wenn nicht überall die Beihirsche umherlungern würden. Aber ich habe Glück: vor mir zieht das Rudel am jenseitigen Wiesenrande, dahinter der Hirsch; hell blitzen die weissen Enden im vollen Mondlichte, gut erkennbar mit dem lichtstarken Glase.

Lange, lange habe ich dort gestanden, an einen dicken Fichtenstamm gedrückt, und habe das Wild beobachtet. Der starke Hirsch, das Geweih weit zurückgelegt, hört nicht auf, seinen trotzigen Kampfruf in die Nacht hinauszusenden. Das Röhren dröhnt, vielfach verstärkt durch die hohen Berghänge, das Tal entlang.

Einige Tage später steht ein Jagdgast oben am Berghange über jenem Wiesental, am Rande einer grossen, niedrigen Kultur; drunten in den Wiesenröhren die Hirsche. Noch ist's dunkel; nur der Mond beleuchtet seltsam gespenstisch den in Nebeldunst eingehüllten Wald. Allmählich wird es heller im Osten, das Mondlicht verblasst, und der Morgenwind jagt den Nebel auseinander.

Es scheint, als schreie der Hirsch näher, als wäre das Wild bereits am Hange. Der Jäger pirscht sich weiter herunter, sodass er bis ins Tals ehen kann. Das Wild könnte sonst seitwärts abbiegen. Da sinkt er in sich zusammen; vor ihm taucht aus einer Versenkung das Leittier auf, nur 80 Schritt von ihm entfernt. Ein Stück Kahlwild nach dem andern folgt. Der Hirsch schreitet in der Senke. Plötzlich steht er oben am Rande - jäh bricht der Schuss. Der Hirsch steigt kerzengerade auf, bricht vorn tief zusammen und stürmt rasend davon; dem Rudel nach; das Hals über Kopf in der Dickung verschwindet. Aber er kommt nicht weit; das Schuss-Zeichen gibt die sichere Gewissheit, dass die Kugel tödlich getroffen hat. Wenige Schritte vom Dickungsrande liegt der alte Zwölfender im taunassen Grase - Waidmannsheil!

Stadtförster H. Borchert.

----- Das Konzert.^x -----

SPD. Ich sah ihn immer in der kleinen Osteria, die der Fontana Trevigegenüber liegt. Der Wirt dieser Schenke, in der viele Reisende und Künstler verkehren, ist ein Grieche. Er radebrecht einfürchterliches Italienisch, aber er schenkt den besten Chianti im ganzen Viertel aus.

Der Fremde kam jeden Abend in der Dämmerung, setzte sich immer an denselben Platz und trank langsam im Laufe von ein, zwei Stunden seine Flasche aus, ohne sich nach Gesellschaft umzusehen. Oft, wenn er so allein sass und nachdenklich vor sich hin sah, konnte ich sein Profil beobachten. Es war ein feingeschnittenes Profil; selten sah ich eine so edle, feingebildete Stirn, die dazu noch von vollem dunklem Haar eingerahmt wurde. Was mir aber besonders an ihm auffiel, war der Ausdruck einer grossen Müdigkeit, der seine Züge beherrschte, und ihnen etwas Resignierendes gab, wie man es manchmal bei Menschen findet, die in der Einsamkeit ihrer Gedanken und Werke leben, und die mit der Kraft eines grossen und vornehmen Herzens die Verbitterung in sich ersticken haben, welche die Schwächlinge erfüllt, wenn ihnen das Leben hartnäckig die Erfüllung ihrer Wünsche verweigert.

Ich wusste nicht, dass er Maler war. Er erinnerte mich an meinen Lehrer,

den unglücklichen Häussmann, der sich eines Abend erschoss, weil er zu erkennen glaubte, dass seine Theorie von den Protuberanzen, den Sonnenfackeln, einen unlösbaren Fehler enthielt. Der Fremde hatte nicht nur seine Augen; es ging auch von ihm jenes seltene Fluidum aus, das nur grosse Persönlichkeiten haben, die das Schicksal in seinen harten Händen geformt hat. -

Die Osteria wurde täglich von vielen Reisenden aufgesucht. An den niedrigen Tischen sassen deutsche Professoren mit langen Bärten und den unvermeidlichen Plaids, reisende Malerinnen mit wehenden Locken und spitzen Gesichtern, phlegmatische Engländer und ganze Rudel von Studenten, die lärmend bis in die Nacht hinein zechten. Aber nur ein einziges Mal sah ich den Fremden in Gesellschaft. Er sass mit einem Engländer zusammen, an dessen Seite sich ein grosser Bernhardiner streckte. Die beiden Männer sprachen leise miteinander, und über das Gesicht des Fremden lief manchmal beim Sprechen ein leises Aufbeugen. Nur einmal hob er seine Stimme, und ich hörte ihn reden: "Und wer, lieber Chester, wer dient seinem Vaterlande besser, derjenige, der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, oder derjenige, der die auffälligsten Gebrechen mit patriotischen Lügen überklebt?" Ich konnte die beschwichtigende Antwort des Engländers nicht verstehen, aber der Fremde schüttelte nur den Kopf und sagte bitter: "Nicht meine Schuld ist es, wenn die Blüte meiner Kunst nicht voll und freudig ins Dasein getreten ist. Was mir die gütige Natur in die Seele legte, das hat die Härte und Lieblosigkeit meiner Zeitgenossen in seinem Wachstum verkümmern lassen." Er hielt inne und hob das Glas, um es gleich wieder abzusetzen. "Bis heute sind meine Bilder heimatlos geblieben. Sie wandern von Ausstellung zu Ausstellung und fordern das Unverständnis des Publikums heraus."

"Die Nachwelt", erwiderte der Engländer, "wird ein anderes Urteil fällen. Grosse Künstler haben oft das Unglück, ihrer Zeit voraus zu sein! Ich hörte einmal von dem grossen Schriftsteller Beyle, der am Anfang des Jahrhunderts lebte. Er sagte: Meine Bücher werden erst um das Jahr 1900 gelesen werden. In 30 Jahren schon werden die Menschen vor Ihren Bildern stehen und sie lieben."

Der Maler legte die Hand auf den Arm des Andern. In seiner Stimme klang eine zornige Schärfe: "Vertrösten Sie mich nicht mit der Nachwelt! Mich fröstelt, wenn ich an die Einsamkeit meines Lebens denke. Welcher Künstler kann immer nur ins Leere sprechen, welcher Schaffende kann auf die Dauer ohne Echo bleiben, ohne dass dieser Zustand seine Kraft bricht und seinen Schwung hemmt? Aber lassen wir dieses trübe Kapitel! Venedig, diese unvergleichliche Stadt, lässt mich vergessen, dass ich in meinem Vaterlande ein Fremder bin." - -

Am nächsten Abend stand ich vor einem der Gärten, von denen man die schönste Aussicht nach dem Meere geniesst. Es war ein milder Abend und die ganze Stadt schien erfüllt zu sein von einer anmutigen, beschwingten Heiterkeit, wie man sie nur in südländischen Städten findet. Auf der Veranda des Gartens, die von hochgewachsenen Lorbeer- und Olivenbäumen halb verdeckt war, musizierte eine Gesellschaft. Von der Musik angelockt, blieb ich stehen. Cimarosa, dachte ich, sie spielen Cimarosa, den Standhal so zärtlich liebte. Eben nahm das Cello die Melodie auf; sanft wehte sie in den Abend hinein; nicht anders als ein tönender Windhauch strich sie über den Garten, während die Windlichter einen milden Schein auf die Gruppe von Männern und Frauen warfen, die sich ganz der Musik hingaben.

Ich war so versunken in den Anblick, dass mich erst ein leises Geräusch auffahren liess: Neben mir stand der Maler. Er blickte aufmerksam hinüber nach der Gesellschaft, wo eben ein Mädchen die Geige ansetzte. Ein leises Lächeln überzog sein Gesicht, während er sich jede ihrer Bewegungen einzuprägen schien. Danach wandte er sich zu mir. Ich sprach ihn auf Deutsch an, und wir kamen in eines jener Gespräche, die sich leicht ergeben, wenn die Aufmerksamkeit zweier Menschen vom gleichen Gegenstande gefesselt wird. Schliesslich erzählte er mir, dass er öfters hierher käme, da seine Wohnung ganz in der Nähe sei. Ausserdem habe er das allabendliche Spiel der Gesellschaft benutzt, um für ein Bild die notwendigen Fingerstellungen und Handgriffe der Musizierenden genau zu

beobachten. Heute sei es fertig geworden, und er schien damit sehr zufrieden zu sein. Er wollte es "Das Konzert" nennen.

In diesem Augenblicke brach die Musik ab. Wir hörten die durcheinander klingenden Stimmen der Gesellschaft und sahen, wie die Musizierenden ihre Instrumente zusammenpackten und in das Haus gingen. Wenige Minuten darauf schon wurde das Licht gelöscht. Die drei Paare verliessen den Garten und gingen an den Strand hinunter. Langsam verloren sich ihre Stimmen, und weit hinten erklang noch einmal das helle, übermütige Lachen der Frauen. "Venedig sieht oft glückliche Menschen", sagte der Maler lächelnd und verabschiedete sich von mir. Ich sah ihm lange nach.

Am nächsten Abend ging ich wieder nach dem Garten, in der Hoffnung, den Maler dort zu treffen. Doch die Veranda lag im Dunkeln. Nichts rührte sich. Der Wind strich zärtlich über die Bäume, aber er brachte nichts andres hervor als das leise Rauschen der Blätter... Ich wartete unschlüssig. Dann ging ich langsam hinunter nach der Osteria. Der Maler sass wie immer in seiner Ecke und beobachtete eine Wiener Reisegesellschaft, deren Geplauder den ganzen Raum mit Heiterkeit anfüllte. Als mich der Maler sah, lud er mich durch eine Handbewegung ein, an seinem Tische Platz zu nehmen. Ueberrascht trat ich näher. "Waren Sie schon am Garten?" fragte er mich. "Er ist heute dunkel, nicht wahr? Unsere Gesellschaft ist heute Nacht im Lido ertrunken. Sie hatten ein Boot für eine Lustfahrt gemietet, aber es wurde von einem Dampfer gerammt. Nun, was sagen Sie dazu? Ist es nicht furchtbar? Ich höre immer noch das Lachen der Frauen, als sie hinunter nach dem Strande gingen..."

Das war das letzte Mal, dass ich den Maler sah. Als ich das nächste Mal die Osteria aufsuchte, sagte mir der geschwätzige Wirt, der Maler sei abgereist. Ich habe bei dieser Gelegenheit auch seinen Namen erfahren. Er hiess Feuerbach. Ich glaube: Anselm Feuerbach.....

Kaliban.

Max Slevogt.^x

SPD. Die Berliner Sezession ruhte auf den Schultern der drei Maler Max Liebermann, Lovis Corinth und Max Slevogt. Corinth der Ostpreusse, der urwüchsigste und hemmungsloseste, ist vor sieben Jahren gestorben. Max Liebermann, gemässigter und viel kultivierter, durch und durch Grosstadtmensch, steht im 86. Lebensjahre und ist kaum noch unter die Schaffenden zu rechnen. Nun ist auch der Jüngste unter ihnen, der Süddeutsche Max Slevogt, plötzlich durch eine Lungenkrankheit, die sich zu einem alten Herzleiden gesellt hatte, auf seinem Landgute Neu-Kastell bei Landau in der Pfalz gestorben.

Man kann Slevogt nicht gut wie Liebermann unter die kämpferischen Naturen rechnen. Er wurde "Sezessionist", d.h. Sonderbündler, deutscher Impressionist, als die Entscheidungsschlacht schon geschlagen war. Gerade damals, als die neue Richtung am heftigsten auf die alte prallte und der Naturalismus, die "RinNSTeinkunst", von allen Trabanten des Hofes und der "Gesellschaft", den Schinken- und Stiefelmalern, verlästert und bespödet wurde, gegen Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wurde der in Landshut am Lech geborene Sohn eines königlich bayrischen, mit dem persönlichen, also unvererblichen, Adel ausgezeichneten Hauptmanns, noch nicht, ob er Musiker oder Maler werden sollte. In Würzburg, der Stadt des edelsten deutschen Barock, dessen Zauber von Balthasar Neumanns Bischofsresidenz ausstrahlt, zugleich des gewaltigsten Fresko nördlich der Alpen, Tiepolos Treppenhausmalerei, wird Slevogt sich für die Malerei entschieden haben. Mit zwanzig Jahren, 1889, finden wir ihn in Paris, wo man damals besser als an irgend einer deutschen Akademie die Malerei erlernen konnte, und zwar die Freilichtmalerei, die sich folgerichtig

aus dem Materialismus, in der Kunst als "Naturalismus" bezeichnet, ergab.

Slevogt konnte sich ausgedehnte Studienreisen erlauben, die ihn nach Holland, Italien, ja, bis nach Ägypten führten. Ausser Manet und Liebermann hat der süddeutsche Maler Wilhelm Trübner ihn stark beeinflusst. Vielleicht liess er sich sogar zu stark beeinflussen: das, was er aus eigenem zu seiner Kunst beizusteuern hatte, war nicht eben viel. Er hatte eine ungemein geschickte Hand und sehr viel Farbengeschmack - aber das allein macht noch nicht den grossen Künstler. Er hat es zu leicht gehabt im Leben: nirgends spürt man Kampf und Widerstände. Mit 33 Jahren ist er bereits Professor an der Kunstakademie in München. Aber es zieht ihn nach Berlin, wo der Impressionismus bereits einen grossen Vorsprung hat. Und er findet auch hier alle Wege geebnet. Der Verlag von Bruno Cassirer vertreibt seine Graphik: Steinzeichnungen, in denen Slevogt orientalische Märchen nacherzählt und mit der "Zauberflöte" dem Genies Mozarts huldigt. Den Sänger D'Andrade verewigt er als "Don Juan" (der Schauspieler Faure als "Hamlet" von Manet mag ihn dabei inspiriert haben); die Dresdner Staatsoper gibt ihm die Ausstattung dieser Mozartoper in Auftrag. Aber die Ausführung enttäuscht: das grosse Format ist nicht Slevogts Sache. Er malt den Bremer Ratskeller aus und Gartenpavillon eines reichen Privatmannes in Cladow, dessen Wände die Nationalgalerie in Berlin erworben und im Kronprinzenpalais aufgestellt hat.

Alle Werke Slevogts sind flott in der Technik und zeugen von einer durchaus optimistischen Lebensauffassung. Im kleinen Format seiner Zeichnungen ist er oft voll reizender Einfälle. Landschaften und Bilder von Pferderennen versetzen die bürgerliche Kunstkritik in helles Entzücken. Er hat eigentlich immer eine gute Presse gehabt. Aber gerade das stimmt bedenklich. Er hat nie Angriffflächen geboten. Die Schattenseiten des Lebens haben ihn nie interessiert. Die "Elendsmalerei" war bereits ein überwundener Standpunkt, als Slevogt nach Berlin übersiedelte. Unter seinen Händen wurde die Malerei ein Mittel, Luxus und Genuss zu verherrlichen. Deshalb ist seine Kunst Fassade geblieben: in das wahre Wesen ihrer Zeit ist sie nie eingedrungen. Wir stehen ihr heute schon fremd gegenüber. Slevogt hat sich selbst überlebt.

Hermann Hieber.

Einbildung und Willenskraft.^x

SPD. Ein reicher Mann, der mehrere Personen bei sich bewirtet hatte, machte sich drei Tage nach dem Festmahl den Spass, seine Gäste durch die aus der Luft gegriffene Mitteilung zu erschrecken, sie hätten Katzenbraten bei ihm genossen. Darüber entsetzte sich eine junge Dame, die an dem Mahle teilgenommen hatte, so sehr, dass sie am gastrischen Fieber erkrankte und bald darauf starb. So erzählt der berühmte französische Schriftsteller Michel de Montaigne.

Von einer Einbildung, die keine bösen Folgen hatte, berichtet der bekannte Arzt Ernst Ludwig Heim (1747 - 1834): Eine Frau bildete sich ein, sie habe mit ihrem Frühstücksbrot eine Nadel verschluckt. Sie klagte unter Tränen über unerträgliche Schmerzen in der Kehle. Man holte den alten Heim. Da dieser aber weder eine Geschwulst noch sonst eine Veränderung bemerkte, so kam er auf den Gedanken, es handle sich um eine blosser Einbildung der Frau. Wahrscheinlich - so folgerte er - hatte eine harte Brotrinde beim Niedergleiten durch die Kehle der Frau ein stechendes Gefühl verursacht. Heim gab daher der Leidenden ein Brechmittel ein und warf heimlich in die Masse, die sie alsbald von sich gab, eine gekrümmte Nadel. Die Frau, die des festen Glaubens war, sie habe die Nadel ausgebrochen, fühlte sich sofort von ihren Schmerzen befreit.

Ein englischer Arzt wollte, wie in Sobernheims "Gesundheitslehre" zu le-

sen ist, bei einem Manne, der seit langem an Zungenlähmung litt, ein von ihm erfundenes Instrument ausprobieren. Um zunächst die Temperatur der erkrankten Zunge festzustellen, steckte er ein kleines Taschenthermometer in den Mund des Patienten. Der Patient glaubte, der Arzt habe den beabsichtigten Versuch bereits vorgenommen - er hielt das Thermometer für das neue Heilgerät -, und versicherte wenige Minuten nach Entfernung des Wärmemessers, er könne seine Zunge wieder bewegen.

Die Gegenfüßler der an Einbildungen Leidenden sind die Willenskräftigen. Ein italienischer Gelehrter wurde im Jahre 1855 in Triest, als dort die Cholera wütete, in der Nacht plötzlich von einem beängstigenden Unwohlsein befallen. Anstatt nun zu schweisstreibenden Mitteln oder Opiumpulvern zu greifen versenkte er sich mit aller Kraft seines Willens in die Lektüre von Dantes "Göttlicher Komödie". Nach wenigen Stunden war er von dem Unwohlsein befreit. Am nächsten Tage hat er das Erlebnis dem Dichter Robert Hamerling erzählt, und dieser hat es aufgezeichnet.

Napoleon besuchte während des ägyptischen Feldzuges (1798) des öfteren die Pestkranken in den Lazaretten. Er tat das, um ein Beispiel zu geben, dass man die Pestgefahr überwinden könne, wenn man fähig sei, die Furcht zu überwinden.

"Ich kann" - hat Goethe einmal zu Eckermann gesagt - "aus meinem eigenen Leben ein Faktum erzählen, wo ich bei einem Faulfieber der Ansteckung unvermeidlich ausgesetzt war, und wo ich bloss durch einen entschiedenen Willen die Krankheit von mir abwehrte. Es ist unglaublich, was in solchen Fällen der moralische Wille vermag. Er durchdringt gleichsam den Körper und setzt ihn in einen aktiven Zustand, der alle schädlichen Einflüsse zurückschlägt. Die Furcht dagegen ist ein Zustand träger Schwäche und Empfänglichkeit, wo es jedem Feinde leicht wird, von uns Besitz zu nehmen." K.Qu.

Emile Zola.^x

(Zu seinem 30. Todestage.)

SPD, "Wahrheit und Gerechtigkeit werden nur durch Arbeit kommen. Der Mensch schuldet ihr alles, Einsicht und anständige Gesinnung." Der Mann, der das schrieb, Emile Zola, ist der Welt nichts schuldig geblieben. Er hat sich seiner Arbeit hingegeben, rastlos und eifernd, voll Glauben an seine vier Evangelien: Arbeit, Fruchtbarkeit, Wahrheit, Gerechtigkeit. Einem Werke sich hinzugeben, das sei im Nichts aller Dinge, wenn auch unnütz, noch immer das Begeisterndste - das war sein Glaube. Vierzig Jahre lang senierte er; er hat das "Zweite Kaiserreich" blossgelegt in der zwanzigbändigen Geschichte der Rougon-Macquart. In grossen Romanen hat er das Keimen und Wachsen der sozialistischen Idee klargelegt, immer wieder appellierend an das Gewissen seiner Nation und der Welt. Er kämpfte gegen Dumpfheit und philiströse Resignation. Aus Tatsachen hat er die sittlichen Folgerungen gezogen. In jungen Jahren schon, als er Hunger litt und in seiner kleinen Mansarde Spatzen fing und sie auf einer Gardinenstange über dem trübseligen Kaminfeuer röstete, war ihm die weise Erkenntnis gekommen: "Der Roman hat nicht allein den Zweck, zu malen, er soll auch bessern." Zola hat das Seinige dazu getan, durch seine Romane zu bessern. Wahrheit und Gerechtigkeit waren zwei seiner vier Evangelien; für die ist er eingetreten mit der eifernden Liebe eines von seiner Mission tief überzeugten wahren Menschen. Und als der Hauptmann Dreyfus um seine Unschuld kämpfte, war Zola der erste und lange der einzige, der auch hier für die Gerechtigkeit eintrat, den seine Redaktionstätigkeit in der "Aurore" nicht geduckt und gleichgültig gemacht hatte. Denn er hatte Gewissen. Er hatte das Gewissen für ganz Frankreich in dem Augenblicke, als er sich niedersetzte und den offenen Brief an den Präsidenten der Republik schrieb, jenen Brief voll Mannesmut, jenen

schönen überzeugten und überzeugenden Brief anständiger Gesinnung und aufrichtiger Gerechtigkeitsliebe: "J'accuse!" Ich klage an - das war sein Wort, das Frankreich auf Wochen in Aufruhr setzte, das die Welt aufhorchen liess. Sein Gewissen liess ihm keine Ruhe; er musste die Anklage hinausschmettern in aller Ohren. Frankreich musste auf ihn, die Stimme des Gewissens, der Gerechtigkeit hören. Und von allen Seiten wurde der weltberühmte Schriftsteller der Mann mit den hunderttausend Auflagen, angegriffen, bespötte, verleumdet, bedroht. Bis sich der Sturm legte - bis zu dem Tage, wo ausser seiner kleinen Freundesschar viele Hunderte, Tausende in der Welt begriffen, dass Zolas "Ich klage an!" mehr war als nur das Eintreten für die Person Dreyfus', dass hier ein ganzer Mann stand, der für eine gewaltige Sache, nämlich für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, kämpfte. Es war kein jugendlicher Feuerkopf, kein Fanatiker, der Zola jener Jahre. Charles Péguy, der Zola in jenem Jahre 1898 aufsuchte, schildert den berühmten Romancier so: "Der Mann, den ich fand, war kein Bourgeois, er war ein dunkler, gealterter Bauer mit Gesichtszügen, die verzogen und nach innen gezogen waren, ein Ackerer in Büchern, einer, der Furchen aneinanderreichte, ein festgefügtter, einstarrköpfiger, ein kraftvoller Mann mit runden und starken Schultern wie ein römisches Gewölbe, ziemlich klein und wenig umfangreich. Er fand durchaus gewöhnliches alles das, was er getan hatte, gewöhnlich alles das, was er noch tat, und alles, was er tun würde."

Es ist bezeichnend für den Menschen Zola, der nicht auf seinem Ruhmeskissen ausruhte, dass er das, was er tun musste, wozu ihn Charakter und Ueberzeugung zwangen, ganz selbstverständlich tat. Er glaubte an seine Arbeit. Und fühlte sich verkannt. "Zwanzig Jahre nach meinem Tode wird man mich entdecken, pflegte er zu sagen. Man hielt ihn für einen grossen Sittenschilderer; man übersah, dass er bessern wollte, dass hinter seiner künstlerischen Leistung sittliche Grösse steckte. Der Samen, den er säte, den er in verschwenderischer Vielfalt ausstreute, trug Früchte. Er hat sich nicht damit begnügt, die Dinge zu schildern, wie er sie sah, und wie sie waren; er zog daraus die Folgerungen. Das ist sein Verdienst; darin liegt seine Grösse, und deshalb lieben und achten wir ihn.

In einer überladenen, protzig-prunkenden Wohnung lebte er, für seine Arbeit und für nichts als seine Arbeit. In seinem Schlafzimmer stand das Prunkbett hinter einem reichgeschmiedeten goldenen Gitter. Der riesige Kamin wurde sein Verhängnis. Ausströmende Kohlengase erlöschten dieses Leben, in der Nacht vom 28. zum 29. September 1902. Gerhard Schäke.

SPD. Der Hecht im Karpfenteich.^x Der amerikanische Millionär Carnegie hatte sich einen wundervollen Karpfenteich angelegt.

Eines Tages traf er da einen wildfremden Menschen angelnd an.

"Das ist mein Karpfenteich", sagte Carnegie.

"Erzählen Sie das Ihrer Grossmutter", sagte der Mann.

"Oho! Sie sind hier in meinen Park eingedrungen und angeln unrechtmässig Karpfen", schimpfte Carnegie. "Ich werde Sie hinauswerfen lassen!"

"Sie irren", sagte der Mann. "Ich angele nicht Karpfen."

"Was denn?"

"Ich angele Hechte."

SPD. Abgewimmelt.^x Matsch trifft seinen Freund Friedrich den Kleinen und fragt ihn: "Du hast wohl nicht mal zehn Mark bei dir?"

"Nein," erwidert Friedrich. "Woher weisst du?"

Preussischer Landtag

18. Sitzung

SPD. Berlin, den 21. September 1932

Der Preussische Landtag trat am Mittwoch nach etwa dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Der Saal ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Auf der Regierungsbank klappt wiederum gähnende Leere.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Hinkler für die nationalsozialistische Fraktion eine Erklärung ab, in der es heisst, dass seine Fraktion am 30. August dem kommunistischen Antrag zu den Rechten und Pflichten der Beamten zugestimmt habe, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preussischen Regierung sämtlichen Ministerbeamten im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtags überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemässen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen habe die preussische Regierung - wohl unter dem Druck dieser Entscheidung - sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden. Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages erkläre dazu, dass sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmässigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links) Soweit sich die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen könnten (erneutes Lachen links) im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, sehe es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetze in preussischer Pflichterfüllung zu beachten. (Andauerndes Gelächter links)

Abg. Jürgensen (Soz.) bringt mehrere Anträge seiner Fraktion ein. U. a. soll die polizeiliche Haussuchung im Reichstag, die gegen die Reichsverfassung verstosse, zum Gegenstand einer Untersuchung durch den Polizeiausschuss gemacht werden. In einem weiteren Antrag erhebt die sozialdemokratische Fraktion allerschärfsten Protest gegen den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident sei nicht berechtigt, im Namen des Landtags ohne Auftrag Verhandlungen zu führen, und er sei auch nicht beauftragt worden, die Einsetzung des Reichskommissars zu billigen, den Erlass einer Notverordnung zur Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages vorzuschlagen und bestimmte Vorschläge für die Reichsreform zu machen. Der Antrag verlangt, dass der Landtag das Verhalten des Präsidenten missbillige. Schliesslich soll die Staatsregierung ersucht werden, alle von den Sondergerichten gefällten Urteile mit grösster Beschleunigung nachzuprüfen und Strafen von unverhältnismässiger Höhe herabzusetzen. Ausserdem soll die Verordnung über die Bildung von Sondergerichten dahin abgeändert werden, dass vor dem 10. August begangene Straftaten nicht mehr vor einem Sondergericht verhandelt werden dürfen.

Das Haus beschliesst, den ersten dieser Anträge über die Haussuchung im Reichstag dem Polizeiausschuss zu überweisen. Gegen die Aufsetzung des zweiten Antrages über das Verhalten des Landtagspräsidenten wird von nationalsozialistischer Seite Widerspruch erhoben, während der Antrag bezüglich der Sondergerichte mit einem entsprechenden Punkt der Tagesordnung verbunden wird.

Abg. Kasper (Komm.), der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten: "Der Bracht-Kerri..." Bei diesem Ausdruck entsteht bei den Nationalsozialisten grosse Erregung, während bei den Kommunisten Händeklatschen und Beifallsrufe laut werden.

Präs. Kerrl schliesst den Abg. Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus. (Händeklatschen b.d. Nat.-Soz. - Lärm b.d. Komm.-Abg. Kasper verlässt unter stürmischen "Raus!"-Rufen der Nationalsozialisten den Saal.)

Abg. Pieck (Komm.) protestiert dagegen, dass sein Fraktionskollege Kasper wegen eines Wortspieles von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Er bringt den Antrag ein, der Landtag wolle seine Auflösung zum 5. November 1932 beschliessen, Neuwahlen sollten spätestens am 6. November stattfinden.

Da sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhebt, wird sofort darüber abgestimmt. Für den kommunistischen Antrag stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt. (Händeklatschen und anhaltende ironische Zufufe b.d. Nat. Soz.)

Abg. Steinfurth (Komm.) wendet sich dagegen, dass der Beschluss des Landtages, die politischen Notverordnungen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt worden sei, dass aber die Verbote proletarischer Zeitungen und Zeitschriften sich dauernd mehrten. Er beantragt, die Zeitungsverbote sofort aufzuheben, den Berliner Polizeipräsidenten Melcher seines Amtes zu entheben und seine Stelle nicht wieder zu besetzen. - Der Antrag wird mit der Tagesordnung verbunden.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist zunächst fast 200 Anträge den einzelnen Ausschüssen. Entsprechend dem Beschluss des Ältestenrates wird die vorgesehene Beratung des nationalsozialistischen Antrags auf Neuwahlen in den Gemeindevertretungen von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgt die Beratung von Bergwerksanträgen. Abg. Ligand (Komm.) protestiert gegen den angekündigten neuen Lohnabbau und tritt für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau ein, von den Nationalsozialisten könnten die Arbeiter keine Hilfe erwarten.

Präsident Kerrl teilt mit, dass er den Ausschluss des Abg. Kasper (Komm.) zurücknehme, nachdem er in das Stenogramm Einsicht genommen habe und ihm mitgeteilt sei, dass der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Abg. Kreker (Ztr.) unterstützt die vorliegenden Anträge und hebt hervor, dass besonders Oberschlesien durch die unselige Grenzziehung schwer betroffen worden sei. Die Grenze müsse wieder so festgelegt werden, dass die auseinandergerissenen Betriebe wirtschaftlich verbunden sind.

Ohne weitere Aussprache werden die Abstimmungen auf später vertagt.

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 14. Juli über die Feststellung des Haushaltsplans für 1932, die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist.

Abg. Kasper (Komm.) kritisiert besonders die Einsparungen auf kulturellem Gebiet. Von dem Wohlfahrtsetat sei nicht viel mehr übrig geblieben als das Wohlfahrtsministerium mit seinem Beamtenapparat. Die Unterbewertung und Unterbesoldung der unteren und mittleren Beamten sei unerhört. Der Redner wendet sich dann der gegenwärtigen Lage in Preussen zu und führt aus, die Nationalsozialisten seien, wie auch aus ihrer neusten Erklärung hervorgehe, fortgesetzt unter der Fuchtel des Herrn von Papen auf dem Rückzuge. Unter grosser Unruhe und zahlreichen Zwischenrufen der Nationalsozialisten spricht der Redner von "Ersatzerscheinungen in der SA. Die Nationalsozialisten, die früher den Kampf gegen das System mit grösster Erbitterung geführt hätten, führten jetzt Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum, um das bestmögliche System zu halten und zu festigen. Obgleich die Nationalsozialisten im Preussischen Landtage die Schlachtsteuer als staatlichen Diebstahl bezeichnet hätten, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg ebenfalls die Schlachtsteuer eingeführt.

Abg. Heilmann (Soz.):

Die diesjährige Etatberatung findet die preussische Volksvertretung in einer tragikomischen Situation: Diejenigen, die gegenwärtig in Preussen regieren, erklären offen, dass es ihnen letzten Endes ganz egal ist, was wir hier reden und beschliessen; sie würden sich keinesfalls nach unseren Beschlüssen richten. Der Preussische Landtag ist gegenwärtig ohne effektiven politischen Einfluss, und es ist wohl nur eine kommunistische Aktivität anzunehmen, dass wir durch einen Beschluss auf Auflösung des Landtages diesen Zustand der Ohnmacht beseitigen können. Herr von Papen und Herr Bracht wären nicht böse, wenn wir selbst ihnen die Kontrolle des Landtages für die nächsten Monate vom Halse schafften, und sie haben bisher wenigstens noch nicht die Absicht erklärt, nach dem Willen eines neuen Landtages sich mehr zu richten, als nach dem Willen dieses Landtages. Kommunistisch ausgedrückt: die Neuwahlen wären nur eine schwächliche und feige Stimmzettellaktion und nicht das, was die Kommunisten gefordert haben, eine Kundgebung der revolutionären Massenkraft. Die kommunistische Forderung, die revolutionäre Massenkraft einzusetzen, klingt sehr tapfer; aber erst muss man diese revolutionäre Massenkraft auch haben. Herr Kasper hat anklagend und mahnend versichert, die Sozialdemokratie sei besonders am 20. Juli schwächlich und feige gewesen. Ich habe hier vor mir das Augustheft der "Internationale", der sogenannten wissenschaftlichen Zeitschrift des Kommunismus, mit dem Leitartikel ihres Führers und Präsidentschaftskandidaten Ernst Thälmann. Da lese ich wörtlich:

"Die grosse Schwäche unserer (der kommunistischen) Partei am 20. Juli anlässlich des faschistischen Staatsstreichs in Preussen bestand darin, dass wir mit unserer Streikparole zwar eine mächtige und revolutionierende agitatorisch-propagandistische Wirkung zur Entlarvung der Sozialdemokratie und zur Stärkung der Autorität der KPD. erzielt haben, aber keine Streiks in nennenswertem Umfange auszulösen vermochten." (Hört, hört! und Heiterkeit b.d. Soz.)

Mit anderen Worten: Die Herren Kommunisten haben nur so getan, als ob sie bereit wären, im Kampf gegen Bracht die grössten revolutionären Heldentaten zu vollführen. Aber sie haben nicht auch nur einen einzigen Arbeiter aus den Betrieben herausbekommen zum Kampf gegen den Staatsstreich. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Thälmann führt das darauf zurück, dass "unsere Parteileitung in den wichtigsten ersten Stunden mit der Sicherung der Partei und den dafür notwendigen technisch-organisatorischen Massnahmen so stark beschäftigt war, dass der volle Einsatz aller Kräfte in die Kampfmobilisierung der Arbeiterschaft darunter gelitten hat". Das nenne ich Pech! Die kommunistischen Bonzen waren mit der Sicherung der Aktendeckel so beschäftigt, dass wieder einmal die Weltrevolution ins Wasser gefallen ist. Es gibt nichts Lächerlicheres als die verhinderten kommunistischen Revolutionshelden. (Dehh. Zustimmung bei den Soz. - Grosser Lärm b.d. Komm.) Die Geschichte erinnert lebhaft an 1923: damals hat nach den Erklärungen der kommunistischen Parteileitung sich der Hamburger Oktoberaufstand bekanntlich deshalb nicht auf ganz Deutschland ausgedehnt, weil einer der wichtigsten Kuriere auf dem Bahnhof noch eine Tasse Kaffee trank und ihm dabei der Zug vor der Nase wegfuhr. (Grosse Heiterkeit)

Als politischen Grund, warum die Massenmobilisierung der kommunistischen Arbeiter am 20. Juli misslang, führt Herr Thälmann an, dass die revolutionäre Arbeiterschaft nicht gemerkt hätte, dass der Stoss, der sich scheinbar nur gegen die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten richtete, ein brutaler faschistischer Angriff auf die Freiheit der ganzen Arbeiterklasse war. Ja, wenn man den Massen jahrelang vorgepredigt hat, die Braun, Severing

und Grzesinski seien Verräter am Proletariat und Anhänger des Faschismus, dann können die Massen wirklich nicht an einem Tage begreifen, dass ihre gewaltsame Amtsentsetzung ein Angriff auf das gesamte Proletariat und seine Organisationen darstellt. Wer das erkennt und ausspricht, entlarvt damit die ganze kommunistische Demagogie gegen uns. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Wie verhalten sich übrigens kommunistische Minister, die von der Reichswehr mit Gewalt abgesetzt werden? Im Jahre 1923 waren die Kommunisten Heckert, Brandler und Böttcher in das sächsische Kabinett Zeigner eingetreten. (Zuruf bei den Nat. Soz.: Und erwiesen sich völlig unfähig!) Nein, so weit kamen sie gar nicht; denn ihre Ministerherrlichkeit hat nur neun Tage gedauert. Hören Sie lieber ruhig zu, vielleicht können Sie etwas lernen. (Zuruf bei der KPD.: Heilmann als Lehrmeister der Nazi!) Ich bin hier Lehrmeister für jeden Kollegen im Hause, der überhaupt fähig ist, etwas zu begreifen und zu lernen. (Heiterkeit bei den Soz.) Die kommunistische Ministeraktion in Sachsen ging auf ein Telegramm des Moskauer Ekki vom 1. Oktober 1923 zurück, das die sächsischen Kommunisten anwies, in die Regierung einzutreten; es schloss mit den Worten: "Sofort Bewaffnung von 50 - 60000 Arbeitern durchführen, den General Müller ignorieren, dasselbe in Thüringen." Aber der Reichswehrkommandeur General Müller in Sachsen liess sich nicht ignorieren, sondern setzte mit Reichswehrgewalt die kommunistischen Minister ab. Und sie gingen - ohne Widerstand. Nachher im Januar 1924 hat das Moskauer Ekki darüber diskutiert, und der damals allgewaltige Sinowjew hat über den Fall geäussert: "Schön, man hat unrichtig eingeschätzt. Man konnte nicht 60000 bewaffnen, sogar nicht 60." Wer nach solchen Blamagen noch den Mut hat, Kritik an der Haltung anderer Parteien zu üben, beweist damit nur seine Dreistigkeit und Unwissenheit. (sehr wahr! bei den Soz.)

In demselben Artikel der "Internationale" erklärt übrigens Herr Thälmann die Kritik der KPD. am System Brüning sei übertrieben und überspitzt gewesen. Die Auffassung, dass Brüning schon der Faschismus gewesen wäre und dass nach ihm die Diktatur des Proletariats kommen müsste, sei widerlegt. In Wahrheit ist diese Theorie die grosse Lüge gewesen, mit der die Kommunisten herbeigeführt haben, dass an die Stelle Brünings viel schlimmere Reaktionen getreten sind. (Lebh. Zustimmung b.d. Soz.)

Gegen dieses neue Kabinett Papen überbieten sich die Parteien in Kriegserklärungen. Es ist geradezu ein olympischer Wettbewerb, wer der grösste Gegner Papens ist. Aber die grössten Schimpfreden der Nationalsozialisten gegen den Herrenklub und die feinen Leute, ändert nichts an der Vaterschaft der Nationalsozialisten für das Kabinett Papen. "Der Nationalsozialist", ihr Gauorgan für Thüringen, hat am 30. August geschrieben, Herr von Papen verdanke die Möglichkeit, zu regieren, in erster Reihe Adolf Hitler. Herr Dr. Joseph Goebbels hat im "Angriff" erklärt: "Während wir auf den Tribünen der Massenversammlungen standen, richteten sich bereits andere wohnlich ein, und ehe man sich versah, schwangen sie sich auf unsere breiten Rücken und kletterten behende in die Amtlichkeit. "Und in diesem Hause hat Herr Kube selbst am 30. August 1932 gestanden: "Wäre der Nationalsozialismus nicht, hätte Herr Dr. Bracht nie den Versuch gemacht, seinen Willen hier zur Durchführung zu bringen. "Was die Nazi sich subjektiv dabei gewünscht haben, ist ganz egal; objektiv ist Hitler, objektiv sind ihre 162 Mandate im Landtag, ihre 230 Mandate im Reichstag die Basis der Wiederaufrichtung der Junkermacht. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn einer der SA. Stürme nach den Beuthener Todesurteilen an Papen telegraphiert hat, dass ohne Hitler Papen nicht da wäre, hat er die reine Wahrheit gesprochen.

Freilich die Nationalsozialisten wollten Herrn Papen nur als Uebergangskabinett; sie hatten sich eingebildet, er würde nach der Reichstagswahl ihnen die Macht überhändigen. Da kennen Sie preussische Junker schlecht. Nehmen,

was man kriegen kann, und ja nichts hergeben, war stets ihre Devise.

Nun haben Sie sich in Ihrer machtpolitischen Verlegenheit mit dem Zentrum angefreundet, das Sie gerade vorher aus seiner parlamentarischen Schlüsselstellung herausgeworfen hatten. Solange die Nationalsozialisten daran gearbeitet haben, waren sie bei den Deutschnationalen lieb Kind. Aber seitdem sie im Gegenzug aufbegehren, dass die Deutschnationalen sich jetzt der Alleinherrschaft im Reich und Preussen bemächtigt haben, sind sie abgemeldet und verhandeln nun mit dem Zentrum über die Frage, wie sie die Bundesgenossen von Harzburg wieder aus der Macht heraushauen können. Zwei vom altpreussischen Junkertum betrogene Betrüger suchen den Weg zur Rache. Die Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum (Zuruf des Abg. Kube: Sie sind wohl neidisch?... - Dafür habe ich das Zentrum als einen viel zu klugen und zähen Verhandlungsgegner kennengelernt. (Heiterkeit) - zwingen doch, an das frühere Verhältnis der beiden Parteien zu erinnern. Im Wahlaufuf des Zentrums zur Preussenwahl kann man lesen:

"Ziel der Nationalsozialisten ist die einseitige Parteidiktatur. Ihre Politik sind Phrasen und Illusionen. Sie züchten Blut- und Gewaltinstinkte, verwirren alle christlichen Glaubensbegriffe und haben unser Volk an den Rand des Bürgerkriegs getrieben. Massenrausch, Bruderkampf und Terror ist ihr Weg. Mit ihnen geht die politische und soziale Reaktion."

Zur Erläuterung nennt die "Germania" die Nationalsozialisten unwissende Phrasendrescher und Volksaufwiegler, Männer von massloser Ueberheblichkeit und Grossmannssucht.

Noch am 13. Juli 1932 schreibt die "Germania", dass die Nationalsozialistische Landtagsfraktion in Preussen eine nie erlebte verrohte Unanständigkeit an den Tag legt; ihr Verhalten sei unflätig und widerlich. Das Stuttgarter Zentrumsorgan nennt die Nationalsozialisten den absoluten Gegensatz zu jeder christlichen und katholischen Moral, eine unerträgliche Pest. Und im politischen Testament des verstorbenen Zentrumsführers Dr. Joseph Hess finden Sie den Satz: dass die Nationalsozialisten für das Zentrum als Koalitionspartner niemals in Frage kommen werden. Kann sich danach das Zentrum wundern, dass seine jetzige Einstellung uns als ein Bruch mit der Vergangenheit und den Grundsätzen des Zentrums erscheint? (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und nun die Gegenseite: Der Naziabgeordnete Peperkorn will "die schwarzen Pfaffen zum Teufel jagen, wohin sie auch gehören." Herr Kube sprach von des Teufels Grossmutter; heute hat er erläuternd bemerkt, dass sei eine hochachtbare Person. (grosse Heiterkeit) Ich persönlich bin über die Topographie der Hölle und die Verwandtschaftsverhältnisse des Teufels nicht genau unterrichtet; aber ich hatte bisher immer angenommen, dass gerade das Zentrum diese Gegend nicht liebt. (Erneute Heiterkeit) Der "Völkische Beobachter" vom 5. August ds. Js. erklärt das Zentrum für den grundsätzlichen Staats- und Volksfeind, für den naturgegebenen Verbündeten der Polen und Franzosen. Der "Völkische Beobachter" vom 18. Juni verkündet, dass man mit diesen Schwarzen nicht verhandle, sondern sie behandle nach grossdeutschem Gesetz und Lebenswillen. Herr Kube hat im Preussischen Landtag am 16. Juni ds. Js. verkündet, das Zentrum regiere grundsätzlich lieber mit Atheisten und Juden als mit deutschen Christen. Und der "Angriff" des Dr. Joseph Goebbels verlangt für Herrn Kaas als Landesverräter das Zuchthaus. Am 14. Juni verlangt Herr Goebbels im Leitartikel des "Angriff", Papen dürfe es sich nicht länger gefallen lassen, von der Marxistenpresse als Kabinett der Barone beschimpft zu werden. Goebbels und Kerl haben den Reichskommissar für Preussen verlangt. Und Herr Kerl hat noch heute im Ältestenrat erklärt, er bestreite dem Staatsgerichtshof in Leipzig das Recht, nachzuprüfen, ob die objektiven Voraussetzungen für die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen gegeben gewesen wären. (Hört!)

hört!) Wundern sich die Herren Nationalsozialisten, dass Ihre Klagen über die Willkür des Reichskommissars auf diesen kleinen Eindruck machen? (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Von den Junkern um die Macht betrogen, verkünden jetzt die Nationalsozialisten, sie wollten die Volksrechte schützen. Aber auf das Volk beruft sich Grosser Herr von Papen. Auch er will den wirklichen nationalen Willen des Volkes verkörpern, der sich bloss noch nicht geoffenbart hätte. (Heiterkeit) Auf den Volkswillen beruft sich auch der ärgste Reaktionär. Aber ein ehrlicher Freund des Volkswillens ist nur der, der das gleiche Wahlrecht und die parlamentarische Regierungsweise als unbedingte Grundgesetze anerkennt. Die Nationalsozialisten fordern alle Macht für einen Mann, für Adolf Hitler; das heisst, sie wollen dem deutschen Volke alle politischen Rechte und Freiheiten rauben. Von der regierenden Junkernhique unterscheiden sich die Nationalsozialisten nur dadurch, dass sie einen anderen Mann als Diktator über das Volk setzen wollen. Wir aber wollen dem Volk sein politisches Recht und seine politische Freiheit erhalten. Wenn jetzt der Reichstag ein über das andere Mal auseinandergejagt, wenn der Preussische Landtag völlig entmachtet wird, ist der Grund dafür, dass das deutsche Volk sich in diese Parlamente antiparlamentarische Mehrheiten hineingewählt hat. Parlamente mit antiparlamentarischer Mehrheit verdienen keine Macht, haben keine Macht und werden niemals Macht ausüben. Sein Recht erhält das deutsche Volk erst zurück, wenn es wieder ehrliche Anhänger seiner Selbstregierung und Selbstverwaltung wählt. (Lebh. Zustimmung b.d. Soz.).

Nach dem 24. April und dem 31. Juli haben die Nationalsozialisten geprahlt, noch nie sei eine parlamentarische Partei in Deutschland so stark gewesen wie sie. Jetzt wird Euch das deutsche Volk fragen: was habt Ihr uns mit dieser Stärke eingebracht? Sie haben für das Volk nichts geleistet, sie kehren zum Volke mit leeren Händen zurück. (Sehr wahr! bei den Soz. - Grosser Lärm bei den Nat. Soz.)

Sie haben dem Volke vorerzählt, an seinem Elend seien die Tribute schuld. Seit dem 1. Juli 1931 zahlt das deutsche Volk keinen Pfennig Tribute mehr; aber Elend und Not sind gewachsen. Sie haben dem deutschen Volke vorerzählt: stürzt das System Brüning, und es wird Euch besser gehen. Aber trotz Ihres Jubels über Brünings Sturz - das Elend des deutschen Volkes ist immer grösser geworden. Auch ihre Wähler werden endlich merken, dass das Elend dieser Krisenzeit vom kapitalistischen Wirtschaftssystem herrührt. Sie nennen sich Sozialisten, aber Sie wissen überhaupt nicht, was Sozialismus ist. Sozialismus heisst Selbstregierung des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet, heisst planmässige Prdnung der Wirtschaft durch das Volk für das Volk. Was wir heute in Russland vor uns sehen, ist kein Sozialismus; denn das arbeitende Volk ist dort von der Leitung der Produktion tatsächlich vollkommen ausgeschlossen. Es gibt keinen Sozialismus ohne demokratische Mitwirkung der Arbeitermassen. Voraussetzung des Sozialismus aber ist die Enteignung und Verstaatlichung der Banken, der Bergwerke, der Metallindustrie, der Elektroindustrie und der Baustoffindustrie. Wollen Sie diese Produktionsstätten und Produktionsmittel enteignen? Nein! Darum führen Sie den Namen Sozialisten zu Unrecht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich, wir sagen den Massen in aller Offenheit, das Ziel der Enteignung, das Ziel der sozialistischen Planwirtschaft lässt sich nur erreichen, wenn sich die arbeitende Klasse organisiert und die politische Macht erobert. Diese Organisation der arbeitenden Menschen, diese Machteroberung für die arbeitenden Menschen ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Und der Erfüllung dieser Aufgabe werden wir im kommenden Reichstagswahlkampf wieder ein Stück näher kommen. (Lebh. Beif. b.d. Soz.)

Abg. Lohse (Nat. Soz.) fragt, mit welchem Recht der Herrenklub heute in Deutschland die Führung des Staates verlange. Heute, wo sie keinen Einfluss

mehr begüßten, schimpften die Deutschnationalen auf das Parlament, und als grosse Parlamentspartei hätten sie doch recht gern an den Fleischtöpfen der Weimarer Republik gegessen und nicht von der Ausschaltung des Parlaments gesprochen. Sie (zu den Deutschnationalen) nennen sich Monarchisten und haben mit der Zustimmung zum Republikenschutzgesetz die Rückkehr des Kaisers vor sich hindert. Hätten Sie vor dem Kriege das Werk Bismarcks besser verwaltet, dann wäre 1918 die Revolution nicht gekommen. Wenn Sie den Kampf von uns wollen. Sie sollen ihn haben! (Sturm, Beifall b.d. Nat. Soz.)

Abg. Kube (Natsoz.) Es soll nicht moralisch sein, dass wir mit dem Zentrum verhandeln. Aber es ist wohl moralisch, wenn die Deutschnationalen mit dem Zentrum regieren? In der Harzburger Front wollte man uns mit dem Marxismus abrechnen lassen, aber die führenden Köpfe wollten die Deutschnationalen wie auf einem Kehlkopfwagen in Massen heranbringen (Heiterkeit rechts) Von diesem Köpfe-Angebot haben wir allerdings keinen Gebrauch gemacht.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr. Anträge über den Konflikt mit der kommissarischen Regierung, sozialdemokratischer Misbilligungsantrag gegen den Landtagspräsidenten Kerl, Vorverlegung der Gemeindewahlen und zurückgestellte Abstimmungen. Schluss nach 18 Uhr.
